

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“
 erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für
 Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf.
 Postabonnement 4 M. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf.
 (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr
 beträgt für die 3 gespaltenen Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf.
 Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr
 Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-
 Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober eröffnen wir ein neues Abonnement auf das

„Berliner Volksblatt“ mit der Gratisbeilage „Illustrirtes Sonntagsblatt“.

Unser Blatt, welches die Interessen der Arbeiter treu und fest gewahrt hat und ferner auch wahren wird, steht nunmehr auf anderthalb Jahre seines Bestehens zurück.
 In dieser Zeit haben wir manche Erfahrung gesammelt, wir haben erkannt, daß unsere Aufgabe nicht leicht ist, aber wir haben unser ganzes Vertrauen auf die Berliner Arbeiterwelt
 gesetzt, und dieses Vertrauen ist nicht getäuscht worden. Zahlreiche Freunde hat das „Berliner Volksblatt“ sich in der Zeit seines Bestehens erworben, und die Arbeiter sehen ein, daß wir ihre
 Interessen nach bestem Wissen und nach bestem Können vertreten. Unser Programm ist bekannt, wir brauchen es hier nur kurz anzudeuten.

Wir treten zunächst ein für politische Freiheit, allgemeines gleiches direktes Wahlrecht für Reich, Staat und Gemeinde, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Pressfreiheit, gleiches
 Recht für Jedermann. Aber neben der politischen Freiheit kämpfen wir für soziale Gleichberechtigung. Diese wird angebahnt durch Erstreckung höherer Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit,
 Abschaffung der Sonntags- und Kinderarbeit, Regelung der Gefängnisarbeit, Beschränkung der Frauenarbeit und Einführung einer Maximalarbeitszeit und in Verbindung damit auch eines
 Minimalarbeitslohnes. — Politische Freiheit, soziale Gleichberechtigung, das ist unsere Parole.

Arbeiter, Handwerker Berlins!

Die Kommunalwahlen haben heran, und wenn in der Kommunal-Verwaltung etwas in unserem Sinne erreicht werden soll, dann dürft Ihr auch Quer Organ nicht vergessen,
 welches Euch im Wahlkampf gegen Heuchelei und Reaktion kräftig zur Seite stehen wird. — Im nächsten Quartal werden wir im Feuilleton des Hauptblattes den spannenden Roman

„Die Hand der Yemesto“ von Ewald August König

veröffentlichen. Der Name des Verfassers giebt hinlängliche Bürgschaft für den Werth des Werkes. Eine besondere Sorgfalt wird unserer illustrirten Gratisbeilage zugewendet werden, wir
 bringen zunächst den Roman „Sünden der Väter“. Der Roman schildert in fesselnder Weise die politischen und sozialen Zustände Rußlands. Von aufrichtiger Wahrheitsliebe befeelt, entrollt
 der Verfasser ein ergreifendes Bild des von den wildsten Leidenschaften zerrissenen Nachbarreiches. Die zweite Novelle: „Frau Therese“, von den lebenswürdigen Erzählern E. C. M. a. n. n.
 Ch. a. r. i. a. u., wird allen unseren Lesern gleichfalls einen hohen Genuß bereiten. Keiner dürft die Novelle, ohne ernste Anregung und Belehrung empfangen zu haben, aus der Hand legen.

Das „Berliner Volksblatt“ mit der Gratisbeilage „Illustrirtes Sonntagsblatt“

kostet wie bisher 4 Mark pro Quartal, 1 Mark 35 Pf. pro Monat, 35 Pf. wöchentlich. Bestellungen werden von sämtlichen Zeitungs-Expeditoren, sowie von der Expedition, Zimmer-
 straße 44, entgegengenommen. Für Auserhalb nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen an.

Wohl sind wir der festen Ueberzeugung, auch bis jetzt schon unsere Schuldigkeit gethan zu haben, aber immer noch mehr soll es unsere Aufgabe sein, unserem Berufe, die Interessen
 des arbeitenden Volkes wahrzunehmen, gerecht zu werden. Die Redaktion des „Berliner Volksblatt“.

An der schönen blauen Donau.

Zu Wien beginnen nunmehr die Sitzungen des neu-
 gewählten Reichsraths und man mag sich dort auf manche
 stürmische Sitzung gefaßt machen. Die Deutschösterreicher
 werden viel Lärm schlagen und die deutschfeindlichen Par-
 teien werden ihr numerisches Uebergewicht rücksichtslos aus-
 nutzen. Dabei bleibt Graf Taaffe, der als Leiter der
 österreichischen Politik sich so famos bewährende Schaukel-
 politiker, im Sattel. Er ist als mittelmäßiger Kopf eben
 so dauerhaft, wie in Frankreich es Jules Ferry war. Das
 Geheimniß der Dauerhaftigkeit der Mittelmäßigkeiten liegt
 darin, daß sich ihnen Jeder gleich dünkt und daß sie in
 Folge dessen nicht so viel Feinde und Neider haben, wie
 das Genie. Herr Taaffe plagt sich nicht sonderlich mit
 eigenen Ideen. Auf dem sozialpolitischen Gebiet thut er
 einfach das, was man im Deutschen Reich thut, und so
 braucht er sich nicht lange den Kopf zu zerbrechen. Die
 Thronrede kündigt seine künftigen Thaten an. Er
 will ein Sozialistengesetz haben — so müssen wir
 den Ausdruck der Thronrede wenigstens verstehen
 — „um die getroffenen Ausnahme-Maßregeln außer
 Kraft sehen zu können“. Es werden einfach an Stelle der
 alten Ausnahmemassregeln neue kommen, sonst brauchte
 man kein neues Gesetz. Zugleich mit dem Sozialistengesetz
 werden Vorlagen, betreffend Unfall- und Krankenversicherung,
 angekündigt.

Die sozialpolitischen Vorlagen, die in Oesterreich bis

jetzt zum Vorschein kamen, waren in einigen Punkten prak-
 tischer als die deutschen. Bis jetzt aber ist außer einem
 viel zu hoch gegriffenen Normalarbeitstag nichts zu Stande
 gekommen. Ein Normal- oder Maximalarbeitstag, dessen
 Maximum zehn Stunden täglich übersteigt, wird für die
 Arbeiter eine Bessergestaltung ihrer Lage nicht bewirken
 können. Für uns war es nur wichtig, daß man in Oester-
 reich auf das Prinzip der Sache einging und einen sol-
 chen Eingriff in die wirtschaftlichen Zustände durch die Gesetz-
 gebung für berechtigt erklärte. Daraus ergeben sich eine Menge
 von den Arbeitern günstigen Konsequenzen ganz von selbst.

Es mag sein, daß der leitende Staatsmann Oesterreichs
 davon träumt, die Zukunft Oesterreichs auf die Arbeiter zu
 stützen. Daß dieses Staatenkonglomerat mit so verschiedenen
 Elementen keine allzu große Zukunft mehr vor sich hat,
 liegt auf der Hand und je mehr neue Elemente der öster-
 reichische Staatskörper auf der Balkaninsel in sich aufsaugt,
 desto unsicherer wird auch seine Zukunft; desto mehr bewegt
 sich sein Schwerpunkt nach Osten hin. Die Arbeiter aber
 haben sicherlich kein Interesse, sich diesem Prozesse zu wider-
 setzen, genau sowenig, als sie 1849 oder 1859 ein wirkliches
 Interesse daran hatten, für die Erhaltung der österreichischen
 Herrschaft in der Lombardei zu kämpfen. Das, was Graf
 Taaffe den Arbeitern bietet, ist nicht geeignet, seine
 Regierung als einen Hort für die Arbeiter-
 interessen erscheinen zu lassen. Er nimmt ihnen
 die politische Freiheit, überläßt es seiner Polizei und
 seinen Gerichten, Alles, was ihnen als „Umsturzbestrebungen“

erscheint, als solche zu verfolgen und zu bestrafen und
 bietet dafür den Arbeitern ein Vinsengericht in Gestalt seiner
 „Sozialreform“. Wenn das der Boden ist, auf den er die
 Zukunft Oesterreichs gründen will, dann ist Graf Taaffe
 kein geschickter Staatenbaumeister.

Während so die Regierung den Versuch macht, mit
 Hilfe der reaktionären Parteien die Arbeiter für sich zu ge-
 winnen, sorgen Deutsche, Tschechen und Italiener dafür, daß
 der Nationalitätenstreit nicht zur Ruhe kommt.
 Die deutsch-liberale Partei in Oesterreich, die sich nun auch
 noch gespalten hat, macht einen großen Lärm, aber es steckt
 nicht viel dahinter. In der diesseitigen Reichshälfte Oester-
 reichs sind 14 Millionen Nichtdeutsche und nur
 7 Millionen Deutsche. Wenn die Deutschen
 als Minorität beanspruchen, die Majorität zu
 regieren, so kann der Nationalitäten-Krauel kein Ende
 nehmen. Woran fehlt es in Oesterreich? An Gemein-
 sinn. Diese verschiedenen Stämme, die da in den Rahmen
 eines großen Kaiserstaates gefaßt sind, sollten es verstehen,
 die „Staats- und Kulturinteressen“, wie ein Blatt sich
 treffend ausdrückt, gemeinsam zu erfassen und gemeinsam für
 deren Förderung zu arbeiten. Statt dessen ist jede Natio-
 nalität eifrigt bemüht, die anderen zu benachteiligen und
 zu unterdrücken. Bei diesem unseligen Wettstreit, den na-
 tionalen Eigenthümlichkeiten den Vorrang zu verschaffen,
 vergessen die Parteien alle eigentlichen Volksinteressen. Be-
 klagenswerth ist nur, daß sich weite Volkskreise in diese
 Heterereien hineinziehen lassen. Sie thäten wahrlich besser,

dadurch nicht die Ungewißheit beseitigt, in welcher sie über
 deren Ergehen schwärzte. Hatte sie selbst doch nie zu
 Reynolds ein rechtes Zutrauen gewinnen können, und nur
 ungern der Schwester Geschick zum großen Theil, ja über-
 wiegend dessen Händen anvertraut gesehen. Der Gedanke,
 daß Bertha nunmehr ganz ohne Nachricht von ihr bleiben,
 oder sie gar als eine Todte betrauern würde, erfüllte sie
 nicht weniger mit Kummer, und indem sie sich denselben
 zeitweise mehr oder minder hingab, steigerte sich auch ihre
 Sehnsucht nach der Einzigen, die ihr noch von der Familie
 ihrer Eltern geblieben war.

So war die Zeit dahingegangen, und über ein Jahr
 hatte sie auf der abgelegenen Mission angebracht, ohne mit
 weißen Menschen, außer mit einigen Pelztäuschern, in Be-
 rührung gekommen zu sein. Die geringen Bedürfnisse für
 sich und seine kleine Gemeinde ließ der Missionär mittelst
 Packthieren aus weiter Ferne herbeischaffen. Mit solchen
 indianischen Karawanen konnten allerdings wohl Briefe nach
 den nächsten Handelsposten befördert werden, doch boten die-
 selben nicht hinlänglich Sicherheit, um Editha mit ihrem
 Kinde denselben zur Reise nach den Vereinigten Staaten an-
 vertrauen zu dürfen.

Da drang zu ihnen die Kunde von den zwischen den
 Mormonen und den Vereinigten Staaten ausgebrochenen
 Mißthätigkeiten und von dem Zusammenziehen der Truppen-
 massen in der Nähe des großen Salzsees. Eine geeignete
 Gelegenheit zur Reise von dort aus an den Missouri hätten
 sie sich nicht wünschen können. Es wurde daher ein schneller
 Entschluß gefaßt, und sobald das erste freundliche Frühlings-
 weiter es gestattete, rüstete der Missionär die kleine Kara-
 vane aus, welche seine Schützlinge bis an das Lager der be-
 freundeten Armees begleiten sollte.

Ohne irgend einen Unfall waren sie durch die endlosen,

(Kupferdruck verboten.)

Feuilleton.

Das Mormonenmädchen.

Amerikanische Erzählung

von

Baldwin Willhausen.

(Fortsetzung.)

Alle waren wohl schweigender geworden, weil sie
 ihre Schritte beschleunigten, und zu der Unwegsamkeit des
 lockeren Bodens fügten sich auch noch die zunehmende
 Sonnengluth gefellte. Aber sie hatten ja den Wind im
 Rücken; und als endlich das bewegliche Sandmeer den Fuß-
 gängern bis an die Schultern reichte, da bogen die Vorder-
 stien des Zuges weislich einer ihnen bekannten wasserhaltigen
 Schlucht im Gebirge zu, welche ganz außerhalb der Linie
 des Staub und Sand fahrenden Sturmes lag.

Sie fanden dort ein verhältnismäßig bequemes Unter-
 kommen. Hinter ihnen dagegen rissen die heftigen Luft-
 strömungen Staub und Sand so hoch empor, daß der
 Himmel wie mit einer schwefelfarbenen Rebelwolke überzogen
 erschien, und die Sonne, ihrer Strahlen beraubt, wie ein
 rother verfinsteter Mond auf die Erde niederschautete.

Drohete der Sturm den auf der lebendig gewordenen
 Sandfläche verirrten Geschöpfen mit Tod und Verderben,
 so verwischte er dafür die Spuren, welche der Missionär
 und seine Gesellschaft auf derselben zurückgelassen hatten.
 Er stieß sogar das Hügelchen auseinander, unter welchem
 am vorhergehenden Tage die Mutter mit ihrem Kinde, den
 Tod erwartend, gebettet gewesen. Als Holmsten dann mit
 seinen Begleitern, noch immer nach der Entflohenen forschend,
 wieder in derselben Gegend erschien, da war die gelbe

Sandfläche ringsum so glatt und gleichförmig, wie ein
 Schneefeld, auf welches die Wolken ihre Flocken bei einer
 Windstille niedergeschüttet haben. —

Am Salzsee hörte man nichts mehr von der ent-
 flohenen, abtrünnigen Frau; selbst die Uaah, von welchen
 vorgeblich der Knabe gerettet worden war, hatten, nach
 Holmsten's Aussage, von der Mutter nicht die geringste Spur
 entdeckt. Man erkannte in ihrem schrecklichen Ende Gottes
 Strafgericht, man sprach noch eine kurze Zeit von ihr, und
 dann war sie vergessen.

Editha hatte unterdessen den Missionär nach dem Ko-
 lumbia-Flusse begleitet und dort diejenige Ruhe gefunden,
 deren sie so sehr bedürftig war, um nach den bitteren Lebens-
 erfahrungen und den herben Täuschungen den Frieden ihrer
 Seele einigermaßen wiederzufinden.

Das Geben ihres blühenden Knaben, die väterliche
 Fürsorge des würdigen Geistlichen, seine trostreichen Ge-
 spräche und sein segensreiches Wirken in der kleinen braunen
 Gemeinde, worin sie ihn nach besten Kräften unterstützte,
 Alles vereinigte sich, der Abgeschiedenheit, in welcher sie
 lebte, einen gewissen Reiz zu verleihen. Sie wurde sogar
 heiter, und wenn auch die tiefen Seelenleiden ihrem noch
 immer jugendlich schönen Antlitz einen unverilgbaren
 Stempel sanfter Schwermuth und frommer Ergebung
 aufgedrückt hatten, so gab es doch auch Zeiten, in
 welchen sie, vollständig mit ihrem Loos ausgehört,
 nichts sehnlicher zu wünschen schien, als ihr Leben gerade
 dort in ihrem stillen Wirken beschließen zu können.

Einen trüben Schatten warf indessen die Sorge um
 ihre Schwester fast beständig auf ihre Gemüthsstimmung.
 Sie bezweifelte zwar nicht, daß dieselbe, in Folge einiger
 Briefe, welche sie meinte heimlich und glücklich befördert
 zu haben, noch in ihrer nordischen Heimath weile, doch war

um andere Dinge zu bestimmen. Die Lage der arbeitenden Klasse ist in den geistlichen Verhältnissen Oesterreichs eine ausnehmend schlimme, und die Deutscherheide wird den Arbeitern ebensowenig Brod und Arbeit verschaffen, als der Lärm der Deutschen gegen die Tschechen.

Die traditionelle österreichische Politik hat freilich die übeln Zustände in Oesterreich selbst verschuldet. Wie lange ist es her, daß man in Oesterreich die Völker überhaupt als einen Faktor in der Politik mitrechnet? Das ist noch lange kein halbes Jahrhundert her; die Folgen des Metternichschen Systems liegen noch immer wie ein eisiger Hauch auf diesen blühenden Ländern.

Durch einheitliche Arbeit an durchgreifenden und wirklichen sozialen Reformen wäre in Oesterreich der Nationalitätenhaß mindestens zu mildern. Dazu haben aber weder die Regierung noch die großen Parteien den ernstlichen Willen und auch schwerlich die Fähigkeit.

Politische Uebersicht.

Der deutsch-freisinnigen Partei wurde in der letzten Zeit von den Konservativen in Wort und Schrift mehrfach der Vorwurf gemacht, daß sie keine „positiven Ziele“ habe, sondern nur im Negativen groß sei. Daraus findet sich jetzt ein „bekanntes parlamentarischer Mitarbeiter der „Hagener Btg.““ bezeugen, in diesem Blatte die positiven Ziele des „Freisinn“ namhaft zu machen. Darnach erstreckt die deutsch-freisinnige Partei:

Eine Landgemeindeordnung, welche dem platten Lande dasselbe Maß von Selbstverwaltung wie den Städten einräumt. Die freisinnige Partei verlangt insbesondere freie Wahl der jetzt aus Ernennung hervorgehenden ländlichen Amtsvorsteher und Landbürgermeister.

Die freisinnige Partei stellt an neue Kreisordnungen für die westlichen Provinzen die Anforderung, daß nicht besondere Wahlverbände des Großgrundbesitzes gebildet werden, vielmehr die Kreisabgeordneten ausschließlich aus den Wahlen der Gemeindevertretungen hervorgehen.

Die freisinnige Partei begünstigt im Interesse des erleichterten Landverkehrs nicht nur die Veräußerung und Verpachtung der Domänen, sondern auch die Aufhebung der Fideikommiss- und sonstiger Hindernisse des freien Grundverkehrs.

Die freisinnige Partei verlangt die Einbeziehung aller Jagdgebiete mit Hochwild; sie strebt möglichst vollkommenen Ersatz für Wildschaden an und glaubt im Uebrigen das Interesse der Landwirthschaft am besten sicher gestellt durch größte Selbstständigkeit der Gemeinden in Jagdangelegenheiten.

Die freisinnige Partei ist für Bewilligung aller direkten Steuern nur von Jahr zu Jahr (Quotifung); sie verlangt unabhängige oberste Instanzen zur Entscheidung aller Steuerfragen. Die freisinnige Partei ist für Unterscheidung von fundirtem und unfundirtem Einkommen bei der Besteuerung und demgemäß für Herabsetzung des Steuerprozentfußes für unfundirte Einkommen.

Die freisinnige Partei stimmt für Abänderung der Kirchengesetze in dem Sinne, daß jedes distinktionäre Erbnissen der Staatsbehörden beseitigt und die Nichterfüllung der Anzeigepflicht der Geistlichen nur die Vorbehaltung staatlicher Zuwendungen, nicht auch Kriminalstrafen zur Folge hat.

Die freisinnige Partei ist überall für geheimes Wahlrecht. Das wäre also Alles, was die Herren an positiven Zielen aufzuweisen hätten. In der That, winziger und verschwommener dürfte schwerlich jemals ein liberales Programm gewesen sein! Nicht einmal gleiches Wahlrecht wird verlangt und von einer gerechten Steuer, von der progressiven Einkommensteuer, ist erst recht nicht die Rede. Sollte Herr Richter vielleicht auch der Meinung sein, daß die progressive Einkommensteuer „eine Konfiskation des Eigentums“ sei, wie sich die „Nat. Btg.“ so recht sinnig auszudrücken beliebt? Nun, mit diesen „positiven Zielen“ wird die deutsch-freisinnige Partei keine Rage aus dem Ofenloch locken.

Der Staatsanwaltschaft steht bekanntlich die Entscheidung darüber zu, ob sie einer Denunziation resp. Klage Folge geben und die öffentliche Anklage erheben will. Weißt die Staatsanwaltschaft eines Ortes die Klage zurück, so muß sich der Kläger zunächst an die Oberstaatsanwaltschaft und, wenn auch diese ablehnend antwortet, an das Justizministerium wenden. Der Staatsanwalt erhebt nur dann die Anklage, wenn öffentliche Interessen in Frage kommen. Wo sängt nun aber das öffentliche Interesse an? Der Staatsanwalt weist gar oft Klagen zurück, die nach Ansicht vieler Staatsbürger ein wesentlich öffentliches Interesse haben, während andererseits oftmals in anscheinend nur unwesentlichen Fällen öffentliche Anklage erhoben wird. Ein recht elastischer Fall, der großes Aufsehen erregt, spielt sich gegenwärtig in Nordhausen ab. Dort wurde der daselbst wohnhafte deutsch-freisinnige Amtsgerichtsrath Berche von dem konservativen Redakteur v. Schlieben des

unwirthlichen Wildnis gelangt, und nach Monate langer Reise sahen sie endlich wohlbehalten das Ziel ihrer Wanderung vor sich liegen.

Als der Missionär sich auf dem Hügel zu Gertha und Tansen gestellt, war er erst vor wenigen Stunden bei der Duale eingetroffen. Er hatte gleich nach seiner Ankunft einen Indianer mit einem Briefe an den kommandirenden General abgeordnet und demnächst einen Spaziergang unternommen, theils um seinen stillen Betrachtungen über den bevorstehenden Abschied von den ihm lieb gewordenen Fremdlingen ungestört nachzugehen, dann aber auch, um einen besseren Ueberblick über das ihm neue Bild einer größeren und zum Kriege gerüsteten Truppenmacht zu gewinnen.

Im Feldlager.

Als der Missionär mit seiner Erzählung zu Ende gekommen war, hatte sich die Dunkelheit schon auf das Thal gesenkt. Einen zauberischen Anblick gewährten daher die zahllosen Lagerfeuer, nach welchen sich die Stellungen der Regimenter und Bataillone, sowie die vorgeschobenen Feldwachen mit Leichtigkeit bestimmen ließen. Aus der Ferne nahm sich das Feldlager wie ein festlich erleuchteter Garten aus, in welchem Tausende von Menschen sich zusammengefunden, um bei Gesang und Tanz die schöne Sommernacht zu genießen.

Der vereinigte Glanz der Feuer verbreitete so viel Helligkeit, daß man deutlich die Gestalten der sich vor denselben bewegenden Männer zu unterscheiden vermochte, während hinter denselben, zum Theil nur geschmückt mit grellen Lichtreflexen, zum Theil durchschimmernd wie künstliche Transparente, sich die Reihe bald in langen Reihen, bald in regelmäßigen Gruppen erhob.

Der Anblick war schöner und imposanter als am Tage, aber auch der Frohsinn der Leute schien mit dem Einbruch der Nacht zugenommen und sich am Glanz der lustig flackernden Feuer mehr entzündet zu haben; denn lauter tönten durch die stille Nacht die munteren Weisen der Sänger, und lauter die Melodien der auf den verschiedenen Enden des Lagers aufgestellten Musikchöre.

Tansen und der Geistliche hatten sich erhoben und schau-

ten, von den verschiedenartigsten Gefühlen bewegt, über das Thal. Nur gelegentlich vertieften sie sich in ein kurzes Gespräch, wenn ersterer sich an seinen ehrwürdigen Gefährten wendete und über diesen oder jenen Gegenstand sich Aufschluß erbat, oder auch geradezu seinen Rath, offenbar die beiden Schwestern betreffend, nachsuchte.

Die Aussicht war es indessen nicht, was sie dorthin führte. Gertha's Blicke wanderten zwar vielfach nach der Richtung hinüber, aus welcher sie den von dem Missionär abgeschickten Boten zurückwartete, doch das hätte sie auch unten thun können, von wo aus sie ebensoweit die zwischen dem Lager und dem Rande des Thales herrschende Dunkelheit mit den Augen zu durchdringen vermochte, wie von dort oben. Sie wollten aber allein und ungestört sein; sie wollten erzählen von den Jahren, die sie von einander getrennt gewesen, von der Zeit, in welcher sie so gar nichts von einander gehört hatten. Auch von der süßen Heimath sprachen sie und von den beiden grünen, mit Epheu geschmückten Grabhügeln, welche sie als Kinder und demnächst als heranreisende Jungfrauen so häufig zu besuchen pflegten, und indem sie der Dahingegangenen gedachten, rollten die Thränen der Wehmuth über ihre Wangen, und fester verschlangen sich ihre Arme in einander. Die Musik im Lager aber spielte ihre lustigen Tänze auf, während nicht weit davon, aber ohne durch die Musik beeinträchtigt zu werden, ein melancholisches Heimathslieb von einem wohlgeübten Männerchor vorgetragen wurde.

Was kümmerte sie aber in diesem Augenblick die Musik, welche in ihrem Innern keinen Anklang fand; und das Lied? Ach, das war nicht im Norden zwischen den wildromantischen Feldmassen entstanden, kein nordischer Sänger hatte die Melodie dazu geschaffen. Es war ihnen fremd und unbekannt, wenn sie auch durch die schwermüthigen Töne unbewußt noch weicher gestimmt wurden.

Gertha erzählte dann von dem Schiffbruch, von ihrer

Ueber die Verhandlungen mit Spanien schreibt die „Nordd. Allg. Btg.“: Der „Hamburgische Korrespondent“ macht in seiner gestrigen Abendnummer die „neueste Wendung des Karolinenstreites“ zum Thema einer längeren Erörterung, in welcher er u. A. das dem Papste übertragene Vermittleramt als einen Akt nur formaler Bedeutung charakterisirt, da in zwischen Dinge vorgegangen seien, „welche man als eine faktisch vollzogene direkte Verständigung zwischen beiden beteiligten Regierungen bezeichnen darf.“ So erfreulich und befriedigend nun auch aus den Gesichtspunkten einer friedlichen Lösung die Verhandlungen über die Karolinen-Angelegenheit sich bisher abgewickelt haben, so geht nach unseren Informationen doch die vom „Hamburgischen Korrespondent“ aufgestellte Schilderung der gegenwärtigen Lage weit über den Rahmen der momentanen Wirklichkeit hinaus. Schon in Folge von rein formalen Momenten könnte die Entwicklung nicht bis zu dem vom „Hamb. Kor.“ angedeuteten Punkte gediehen sein; denn vor Allem bleibt doch erst von deutscher Seite die für sich mitgetheilte zweite spanische Note zu beantworten. Der Entwurf zu dieser Antwort liegt aber noch dem Kaiser zur Genehmigung vor und wird voraussichtlich erst gegen Ende der Woche nach Madrid abgehen können. Von einem Abschluß oder, wie der „Hamb. Kor.“ sich ausdrückt, von einer „faktisch vollzogenen direkten Verständigung“ kann also sogleich noch keine Rede sein.

Ueber die preussische Staatslotterie und das Gesetz vom 29. Juli 1885, betreffend das Verbot des Spielens in auswärtigen Lotterien, erhält die „Post“ von befreundeter Seite eine Aufschrift, in der offen eingestanden wird, die Publikation dieses Gesetzes habe überrascht, da man allgemein angenommen habe, die Regierung werde das Gesetz erst annehmen, nachdem eine wesentliche Erhöhung der Looszahl beschlossen sein würde. Die Freunde dieser Erhöhung, und dazu gehören in erster Linie die Parteigenossen der „Post“, welche den in der letzten Session abgelehnten Erhöhungsantrag eingebracht hatten, sind offenbar zu der Ueberzeugung gelangt, daß durch die Publikation des Gesetzes die Aussicht, eine Erhöhung der Looszahl herbeizuführen, nicht gerade verbessert worden ist. Wenn die Regierung gewillt wäre, ihrerseits die Initiative zu einer solchen Erhöhung zu ergreifen, so hätte die der „Post“ befreundete Seite keine Veranlassung, das Zustandekommen des Gesetzes zu bedauern.

Breslau, 26. September. Von Seiten der Regierungs-Präsidenten, Grafen v. Redlig-Trübschler, ist unter Zustimmung des Bezirks-Ausschusses für den Regierungsbezirk Opperl folgende Polizei-Verordnung ergangen: „Wer mit Gefangenen, welche sich in den Gerichts- oder Polizeigefängnissen oder in einer Korrekptionsanstalt oder auf dem Transport nach oder von einer dieser Anstalten oder auf A u f e n a r b e i t oder auf dem Marsche zu oder von denselben befinden, ohne ausdrückliche Erlaubnis der zuständigen Behörde oder gegen das Verbot des mit der unmittelbaren Aufsicht über die Gefangenen beauftragten Beamten in Verkehr tritt, insbesondere sich denselben durch Worte, Zeichen oder auf andere Weise zu verständigen sucht, oder ihnen Speisen, Getränke oder andere Gegenstände verabfolgt oder zu verabfolgen unternimmt, wird mit einer Geldstrafe bis zu 60 Mark oder im Unvermögensfalle mit verhältnismäßiger Haft bestraft.“ — Wahrscheinlich werden in Schlesien eine nicht geringe Anzahl

von Gefangenen bei Arbeiten für Privat- beschäftigt, wo sie dann leicht Gelegenheit haben mit Nichtgefangenen in Verkehr zu treten, denn sonst wäre diese Verordnung unverständlich, da die Gefängnisse doch zur Geringe gegen unüberwachten Eindringen geschützt sind.

Dresden, 26. September. Der Landtag ist auf den 10. November einberufen.

Unser sächsisches Manchester, Chemnitz, weist nach den neuesten Steuerabhebungen eine recht erhebliche Zahl reicher Leute auf. So giebt es dort 28 Anlagenschlichter mit einem jährlichen Einkommen von über 50,000 M. und 53 Anlagenschlichter mit einem Jahreseinkommen von mehr als 30,000 M. Seit 1880 ist die Zahl der jährlichen Einkommen von über 20—30,000 M. von 29 auf 44, und die Zahl der Einkommen von über 40—50,000 M. von 8 auf 14 gestiegen, während die Zahl der Einkommen über 30—40,000 M. von 13 auf 11 zurückging. Das ist nur scheinbar ein Rückgang, denn in Wirklichkeit sind die hier fehlenden Einkommen unter der gestiegenen Zahl der höheren Einkommen zu suchen. Die Einkommensteuerlisten der Handwerker und Arbeiter dürften kaum ähnliche günstige Zahlen aufweisen. Gegenwärtig nimmt die Zahl der brodblosen Arbeiter in Chemnitz und Umgegend bedenklich zu. Die Krise greift immer weiter um sich.

Zum Unfallversicherungsgesetz wird offiziös geschrieben: Nach allen Statuten, welche in Uebereinstimmung mit dem vom Reichsversicherungsamt veröffentlichten Normalstatut abgefaßt sind, haben die Mitglieder der Berufsgenossenschaften zum Zwecke der erstmaligen Einschätzung in die Klassen der Gefahrentarife in einer vom Genossenschaftsvorstande zu bestimmenden und öffentlich bekannt zu machenden Frist über ihre Betriebsanlagen und Einrichtungen und sonstigen für die Einschätzung maßgebenden Verhältnisse dem Sektionsvorstande durch Vermittelung des Vertrauensmannes die erforderlichen Angaben zu machen. Die Angaben erfolgen nach einem vom Genossenschaftsvorstande festzusetzenden Formulare, welches die zu beantwortenden Fragen enthalten muß. Die Vorstände der Norddeutschen Textil- und der Deutschen Glasberufsgenossenschaft haben, wie die „Berl. Pol. Nachr.“ mittheilen, diese Fragebogen bereits festgesetzt, und dieselben werden jetzt an die sämtlichen Genossenschaftsmitglieder verandt.

In Breslau nehmen die Ausweisungen ohne Unterbrechung ihren Fortgang, wie u. A. aus einem Inserat in Breslauer Zeitungen hervorgeht, in welchem ein in der Neuen Graupenstraße in Breslau wohnender Kaufmann „wegen plötzlicher Ausweisung“ seinen gesammelten Waarenbestand zum sofortigen Verkauf feilbietet. Ferner theilt man der „Schles. Volksztg.“ mit, daß in Breslau selbst über 1000 Personen auf der Ausweisungsliste stehen. Mindestens 500 Personen dürften in Kürze mit Ausweisungsbefehlen versehen werden. Es wurde seitens der Polizeibehörde bei fast sämtlichen jüdischen Bewohnern der Goldenen Adegasse und der umliegenden Straßen von Haus zu Haus, von Familie zu Familie nach „polnisch-sprechenden“ Leuten nicht preussischen Ursprungs geforscht. Daß man übrigens nicht nur die Polen aufs Korn genommen, möge folgendes Beispiel beweisen: Ein Breslauer heirathete eine Hundsfelderin und zog mit ihr nach Schweden, wo mehrere Kinder der Ehe entsoffen. Eins dieser Kinder, zur Zeit ein fleißiger Handschuhmacher, der jetzt in Breslau arbeitet, hat als „Schwede“ seine Ausweisungsbefehle zugestimmt erhalten. Der „Bresl. Morg.-Btg.“ zufolge hat auch ein Kellner des „Cafe's „Union“ die Weisung erhalten, Breslau zu verlassen. Derselbe ist nicht slavischer Abkunft, sondern ein Deutsch-Böhme.

Lokales.

Die Urwählerlisten für die diesjährigen Wahlen zum Abgeordnetenhaus werden während der drei Tage: am Montag, den 5. Oktober, am Dienstag, den 6. Oktober, und am Mittwoch, den 7. Oktober er., jedesmal von Vormittags 9 Uhr bis Nachmittags 3 Uhr öffentlich zu Jedermanns Einsicht ausliegen, und zwar in folgenden vier in den bezüglichen Wahlbezirken belegenen Turnhallen: 1) in der Turnhalle der 27. 44. Gemeindefchule, Wilhelmstr. 117, für den I. Wahlbezirk, bestehend aus den Stadtbezirken 6—73, 283 und 284, beziehentlich den daraus gebildeten Urwahlbezirken Nr. 18 bis 195 und 729—731 einschließlic; 2) in der Turnhalle der 62. Gemeindefchule, Schmidstraße 38, für den II. Wahlbezirk, bestehend aus den Stadtbezirken 1—5 und 74—144, mit Ausschluß der Häuser Alexanderstr. 18 (Stadtbezirk 3), Kleine Präsidentenstr. 6 und 7 und Neue Promenade 9 und 10 (Stadtbezirk 5), beziehentlich den Urwahlbezirken Nr. 1—17 und 196—382 einschließlic; 3) in der Turnhalle der 67. Gemeindefchule, Ackerstr. 28a, für den III. Wahlbezirk, bestehend aus den Stadtbezirken 211—382 und 285—296, beziehentlich den Urwahlbezirken Nr. 551—728 und 732 bis zu 795 einschließlic; 4) in der Turnhalle der 23. Gemeindefchule, Straußbergerstr. 9, für den IV. Wahlbezirk, bestehend aus den Stadtbezirken 145—210 und von Stadtbezirk 3, Alexanderstraße 18, von Stadtbezirk 5 und Präsidentenstr. 6 und 7 und Neue Promenade 9 und 10, beziehentlich den Urwahlbezirken Nr. 383 bis 550 einschließlic. Innerhalb der genannten drei

Ankunft in New-York und von Weatherton, der, nach ihrer Ansicht, am meisten dazu beigetragen hätte, daß die Brigdamals nicht die ganze Bemannung mit in die Tiefe hinabrief. Sie schilderte alles Dieses mit warmen Worten, und mit noch wärmeren Worten, hob sie des Schiffslieutenants edles Benehmen ihr gegenüber hervor, als er sie an dem letzten Abend, den sie an Bord des Leoparden verlebte, vor einer drohenden unbekanntem Gefahr warnte. Wort für Wort wiederholte sie, was er damals zu ihr gesprochen: daß er die aufrichtigste Freundschaft für sie hege, daß sie seiner Gedanken und ihm Nachricht von sich geben möge, und daß er zu ihr eilen würde, wenn sie Rath oder Hilfe bedürfe. Im Thal aber wirbelten die Trommeln ihre Signale und erschallte der muntere Hornruf; und Editha folgte der Erzählung der Schwester mit der gespanntesten Theilnahme, und wunderte sich im Stillen, daß dieselbe bei allen Gelegenheiten sich in Lobpreisungen des Edelmuthe's erging, welchen Weatherton stets an den Tag gelegt. Eben so bewunderte es sie, daß sie alle von ihm gesprochenen Worte ihrem Gedächtniß so tief eingepreßt hatte. Sie enthielt sich indessen jeder Bemerkung darüber, um Gertha nicht zu unterbrechen, sondern stimmte ihr bei, wenn dieselbe mit kindlicher Aufrichtigkeit versicherte: Weatherton verdiene von der ganzen Welt die größte Hochachtung.

Gertha erzählte denn auch immer weiter, und ihre Stimme zitterte vor innerer Erregung, als sie erwähnte, daß er die weite, beschwerliche Reise unternommen, nur um sie wiederzusehen und sie abermals zu warnen, sie ihn aber nicht verstanden und ihn leider gebeten habe, ihre Religion nicht zum Gegenstande von Erörterungen zu machen. Sie lobte sein Barmherzigkeit und erklärte, wie recht er gehabt, ihr Mißtrauen gegen die neue Lehre wahrzusehen zu wollen. Dann räumte sie wieder ein, daß sie jetzt, nach den Eröffnungen, welche sie durch ihre Schwester erhalten, seine Andeutungen wohl begreifen würde; und indem sie dies sagte, fühlte sie, wie alles Blut ihr in die Wangen stieg, denn sie malte sich aus, in welche Entrüstung sie unbedingt gerathen sein würde, hätte er sich deutlich genug ausgedrückt, um von ihr verstanden zu werden. Und trotzdem würde sie ihm geglaubt haben, meinte sie, denn er sei nicht der Mann, der

Zuge steht es Jedem frei, gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Listen seine Einwendungen schriftlich beim Magistrat oder zu Protokoll in den oben bezeichneten vier Lokalen bei den dort anwesenden Deputierten anzubringen. Für die Legitimation ist durch Vorlegung der Steuerquittung für das letzte Vierteljahr, oder einer polizeilich bescheinigten Anmeldung für die anzugebende Wohnung, oder auf andere glaubwürdige Weise zu sorgen. — Hierbei dürfte es angezeigt sein, klar zu stellen, welche Personen wahlberechtigt sind und in den Wählerlisten eingetragen sein müssen. Durch § 8 der Wahlverordnung vom 30. Mai 1849 ist bestimmt: „Jeder selbstständige Preuze, welcher das 24. Lebensjahr vollendet und nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, ist in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmendberechtigter Urwähler, sofern er nicht aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung erhält.“

Unserer guten Gesellschaft, d. h. jener, die sich gern so nennen hört, gefallen die „Sonnens, Penn- und sonstigen Brüder“ nicht, welche sich mit Vorliebe die auf öffentlichen Plätzen und Promenaden aufgestellten Bänke zum Rubesitze erlesen. Und anspruchlos wie die gute Gesellschaft nun einmal ist, wünscht sie, wie die „Volks-Bl.“ treffend schreibt, nicht etwa, daß die Pennbrüder und Stroche von diesen Bänken weggewiesen werden, sondern daß die Bänke überhaupt aus den „feineren“ Stadtgegenden, wie vom Dönhofsplatz, den Linden und selbstverständlich auch aus dem Thiergarten verschwinden sollen. So steht es zu lesen in jenem vortrefflichen Organ für vornehme Kreise, welches neuerdings auch in Politik zu machen begonnen hat, in demselben inebriatsten Sinne natürlich, mit welchem es der Aristokratie und Allem, was drum und dran hängt, die Schuhe pugt. Statt dieser bisher der allgemeinen Benutzung freistehenden Bänke sollen einzelne Stühle aufgestellt werden, deren Gebrauch nur gegen ein entsprechendes Entgelt gestattet wäre; die Bänke mögen nach dem Arkonaplatz, dem Biontskirchplatz, dem Voigtlande und den Kiefernbergen geschafft werden, d. h. in Stadtgegenden, welche das „feine“ Publikum nie oder nur selten und dann meistens inognito betritt, etwa wenn eine Hofdame eine „Wahlagerin wunderbar“ in der Akerstraße aufsucht, um sich von ihr Dinge erzählen zu lassen, welche sie selbst viel besser weiß, oder wenn ein „Kavalier“ einer jungen Dame seine Visite abstatet, die er in der Schönhauser Allee eingemietet hat, damit sie dort ungestört ihre Ausbildung fürs Theater betreiben könne. Da nun die Stroche unternahm mit diesen Bänken zusammenhängen, so werden jene, das ist offenbar der Gedankengang des würdigen Blattes und seiner Inspiratoren, mit deren Translokation gleichfalls in die Vorstädte verbannt, und dort, unter dem „gemeinen Volke“, unter den „gewöhnlichen Leuten“ ist ja ihre angemessene Stelle. Wir geben nun zu, daß der Anblick der Stroche und Pennbrüder namentlich an der Westseite des Dönhofsplatzes, in deren trautes Kreise die Schnapsflasche stetig die Kunde macht, in keiner Weise erfreulich ist; nicht einmal das Auge des Künstlers findet an diesen verkommenen Gestalten Wohlgefallen. Aber schon unter den Linden verschwindet dies Element fast gänzlich; Kindermädchen und Ammen, Spaziergänger aus den bürgerlichen Ständen, heimkehrende Arbeiter bevölkern die Rubesitze, und im Thiergarten sorgt gewiß das allezeit wachsame Auge der Polizei dafür, daß die Gemüthsruhe der fahrenden, reitenden und spazierenden guten Gesellschaft nicht durch den Anblick des Elends, der Noth, des Verbrechens gestört wird. Die einzige Ausnahmestätte, die speziell der Sonnenbrüderlichkeit hier für kurze Zeit offen zu stehen pflegt, sind bekanntlich die großen Entwässerungsgräben, in denen sich schon mancher häuslich eingerichtet hat. Wir sind nun keineswegs dafür, daß man den notorischen Stroch als sakrosankt betrachte und ihm churfürstlich die schönsten und besten Bänke zur Disposition stelle, auch wäre es sehr gut, wenn diese Herren nicht immer die öffentlichen Bedürfnisanstalten, namentlich an der Seite für Frauen, umlagern würden, wie es namentlich auf dem Dönhofsplatz der Fall ist; aber wir sträuben uns gegen die Feivolität, welche die vornehmen Stadtheile von einer häßlichen, widerigen und unter Umständen schädlichen Gesellschaft befreien will, nur um dieselbe in jene ohnehin mindestens nicht bevorzugten Winkel hinauszutreiben, welche der kleine Bürger und der Arbeiter bewohnt. Speziell die Kinder dieser Kreise müßten vielmehr vor der Verührung mit solchen Elementen geschützt werden, als jene der Vornehmen und Reichen, die sich nie selbst überlassen zu werden brauchen. Und ebenso protektiren wir gegen den Plan, die öffentlichen Bänke an den belebten Promenaden abzuschaffen und statt deren Miethstühle aufzustellen. Da klingt wohl ein Schmerzensschrei jener Herren Privatunternehmer vor, welche mit ihren Stühlen à 5 Pf. unter den Linden recht herzlich schlechte Geschäfte machen. Es wäre ihnen natürlich ein gesundes Essen, wenn die soziale und „unfeine“ Konkurrenz der öffentlichen Bänke besänftigt würde. Daß damit dem heimkehrenden Arbeiter die Wohlthat einer kurzen Ruhe ebenso erschwert oder unmöglich gemacht würde, wie dem Bürger und Handwerksmanne der Sonntagsspaziergang im Thiergarten, fällt dabei selbstverständlich

nicht ins Gewicht. Die Promenaden werden der „guten“ Gesellschaft referiert und die Stubienmüthler scheeren ihr Schäffchen. Doch das arbeitende Volk, zu dem wir wahrlich nicht bloß den Fabrikarbeiter rechnen, für das Vergnügen, einen Nachmittag auf denselben Wegen zu wandeln, wie die vornehme Welt, noch 5 Pfennige zu zahlen soll, entspricht ja im Allgemeinen den modernen Beglückungstheorien, und das wohlwollende Blatt, das uns zu diesen Betrachtungen Veranlassung giebt, meint sogar höchst human: wenn wirklich einmal ein Armer, der die 5 Pfennige Mieth nicht aufbringen könne, erschöpft auf einem solchen Stuhle niederfinke, so würde man ja nachsichtig ein Auge zudrücken. Darauf wären wir in der That begierig, und überdies würde nach dieser famosen Theorie der „keine Mann“ nunmehr das Almosen in Anspruch nehmen müssen, was ihm bisher als gutes Recht zustand. Die Sache erscheint an sich vielleicht unbedeutend; wir glauben auch nicht, daß der Magistrat dieser egoistischen Anregung Folge leisten wird; aber sie ist charakteristisch für die Feivolität, mit welcher in den „vornehmen“ Kreisen die öffentlichen Angelegenheiten aufgefaßt werden. Die Herrschaften werden sich mit der Zeit daran gewöhnen müssen, daß Strafen, Bläse und Anlagen, seien sie auch noch so vornehm, für Jedermann da sind, und daß der Arme und Undemittelste daselbe Recht hat sich im Thiergarten oder unter den Linden auszurufen wie der Gräber oder der Träger neunmadriger Kronen. Ungebührliches Betragen der Stroche und Sonnenbrüder ist dem Manne aus dem Volke ebenso widerwärtig, wie dem Dandy oder der Hofdame, und die Polizei besitzt Mittel genug, diesen fragwürdigen Gestalten nicht mehr Spielraum in der Feivolität zu gönnen, als ihnen von Rechts wegen zusteht. Dies ohnehin sehr bescheidene Maß wird man selbst ihnen nicht mehr tauben dürfen.

r. Ein eleganter Leichenzug, wie ihn nur Berlin aufweisen kann, bewegte sich am Sonntage zum Halleschen Thore hinaus; die vier schwarzbehängten Kappen nickten so bedeutungsvoll mit den Federbüscheln auf ihren Köpfen, daß man trotz des kleinen Leichengefolges doch das Begräbniß eines großen Mannes vermuthen mußte. Als der Zug an der Halleschen Thorbrücke anlangte, stellten auch die dort haltenden Ruffcher die Köpfe zusammen; plötzlich spiegelte sich auf ihren Gesichtern die helle Ueberraschung wieder: Was, der Sechser-August ist todt? Und das ist sein Leichenzug? Unwahrscheinlich genug klang diese Behauptung für Jeden, der den Sechser-August kannte, und welcher Berliner Droschkentischer kannte ihn nicht! Vor dem Postsekrete für Fuhrwesen war sein Stand; hier übernahm er gegen ein Entgelt von 5 Pf. die Aufsicht über jedes dort haltende Fuhrwerk, dessen Besitzer zum Verlassen seines Wagens auf einige Zeit genöthigt war. Diese Beschäftigung war zwar nicht sehr einträglich, aber der Sechser-August war auch nicht darauf allein angewiesen; man wußte allgemein, daß er sehr wohlhabende Verwandte in unserer Stadt besaß. Aber was man nicht wußte und was sich erst nach seinem Tode herausgestellt hat, das war der Besitz eines Vermögens von 16 000 Mark. Die Anordnungen für das prunkvolle Begräbniß hatte der Verstorbene noch bei Lebzeiten getroffen und so kam es, daß seine letzte Fahrt stolz per erster Klasse stattfand.

Herr Liebermann von Sonnenberg macht jetzt wahr, was schon längst von ihm gesagt wurde; er wird dem undankbaren Vaterlande den Rücken kehren. Er gedankt in den nächsten Tagen Berlin und Anfang nächsten Jahres Europa zu verlassen. Vorgestern Abend hat er sich im Verein Johannesstich im Otto'schen Saale in der Mittenwalderstraße von seinen Gesinnungsgenossen verabschiedet. Augenblicklich, sagte Herr L. v. S., ist die Situation die, daß der Antisemitismus und der zu ihm stehende Theil der Konservativen nicht recht lamfähig sind, weil sie keine fest in sich organisierte Partei bilden. Der rechte Augenblick zu einer solchen Parteibildung ist im Anfang der Bewegung verfehlt worden. Nun ist Erschlaffung eingetreten. Aber der Ebbe folgt immer die Fluth und hier wird eine Hochfluth kommen. Ob Herr L. v. S. dann heimkehren wird, sagte er nicht, nur daß er seine Freunde, ihn zu verteidigen, wenn er nach seiner Abreise noch angegriffen werden sollte.

Folgender Roman aus dem Leben wird heute mitgetheilt. Ein junger Kaufmann, Sohn eines wohlthätigen Gewerbetreibenden einer größeren Provinzialstadt, konditionirte in einem Berliner Kolonialwaarengeschäft. In seinem Laden sah er häufiger eine Köchin, die dort ihre Einkäufe machte, und gewann Neigung für sie. Allmählich nahmen seine Gefühle den Charakter unlauterer Leidenschaft an, und er ließ sich zu zudringlichen Annäherungsversuchen hinreißen. Hierüber empört, machte das Mädchen seinem Bräutigam Mittheilung. Derselbe stellte den Kommiss zur Rede und drohte ihm schließlich mit einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Die Aussicht, vielleicht vor Gericht kommen zu müssen, stößte dem Kommiss einen so jähen Schrecken ein, daß er Geld und Kleidungsstücke zusammenlegte und dies seinem Vater mit einem Briefe schickte, in welchem er erklärte, den Tod der Schwande vorzuziehen und sich im Grunewald das Leben nehmen

sich eine Falschheit oder eine Unwahrheit zu Schulden kommen lasse.

Seuzend blickte sie bei diesen Worten zum Himmel empor zu den Sternen, die so trostreich auf sie niederschauten, und dann nach dem Lager hinüber, von woher der Bote immer noch nicht erscheinen wollte. In dem sie aber des Boten gedachte, trat auch Weatherton's Bild ihr wieder vor die Seele, und der Zwed, weshalb sie ursprünglich hierhergekommen sei.

Sie erzählte daher von seiner strengen Gast und von dem unfreundlichen Benehmen der Mormonen gegen ihn, dem sie, seines edlen Charakters, seines uneigennütigen Muthes wegen, die größte und ungeduldeste Gastfreundschaft hätten erweisen müssen. Als sie dann auf die trüben Stunden idyllischer Langeweile und Einsamkeit zu sprechen kam, die er schon in seinem Gefängniß zugebracht hatte, wurden ihre Worte unbedeutlicher, denn die hellen Thränen rannten ihr über die Wangen, und nur mit vieler Mühe vermochte sie ein heftiges Schluchzen zu unterdrücken. Sie fügte hinzu, daß kein Wort des Hasses oder der Rache gegen die ihm feindlich gesinnten Leute über seine Lippen gekommen sei, und wie sehr sie das freue, weil es den höchsten Grad von Edelmut befunde. Ihre Schwester trat natürlich dieser Ansicht bei und sprach den innigsten Wunsch aus, daß Weatherton, zu dem sie sich, ohne ihn zu kennen, hingezogen fühle, bald wieder in den Besitz seiner vollen Freiheit gelangen möge.

Daß er aber unter allen Umständen frei werden müsse, und sollte es ihr nicht nur ihr ganzes Vermögen, sondern auch das Leben kosten, das versicherte Gertha gleich darauf mit so lauter Stimme und so festem Wesen, als wenn plötzlich, nachdem sie kurz vorher noch in ihren Thränen die sanften Gefühle einer schüchternen Jungfrau an den Tag gelegt, der Muth und die Entschlossenheit eines Mannes über sie gekommen wäre, während die Schwester, förmlich erschreckt, in ihren von Dunkelheit umflossenen Zügen zu lesen suchte.

Weiter gedachte sie auch Elliot's, wobei sie mit grellen Farben den Haß schilderte, welchen er gegen den armen Weatherton im Herzen trage, und wie sie sich denselben gar

nicht zu erklären wisse, da Weatherton doch nie in seinem Leben einen Menschen beleidigt haben könne.

Die überlegende Editha dagegen glaubte den Grund des Hasses zu errathen; aber sie schwieg, denn sie wollte noch immer mehr hören, immer tiefer in das Herz der geliebten Schwester blicken. Sie wollte wissen, ob der fremde Offizier auch wirklich eine so warme Theilnahme verdiene, und ob der Schiffbruch und das plötzliche Zusammenreffen mit ihm wohl von der Vorsehung so angeordnet sei, um dadurch Gertha's dauerndes Glück zu begründen. Aber ohne daß sie Gertha noch besonders aufgemunter hätte, fuhr diese schon wieder in ihren eifrigen Mittheilungen fort. Sie schilderte ihre Unterredung mit Jansen, und Trost und Jörn sprachen aus ihr, als sie erwähnte, wie man sie gezwungen habe, Elliot ihre Hand zuzufügen, Elliot, der schon längst verheiratet sei, und daß sie nie zum Mormonenthum übergetreten wäre, hätte sie geahnt, welche Sitten und Gebräuche die sonst so heilige Glaubenslehre vorschreibe. Glühend vor Scham versicherte sie, lieber sterben zu wollen, sich lieber augenblicklich von dem Missionär wieder als Protestantin einsegnen zu lassen, ehe sie einem schon verheirateten Manne ihre Hand reiche; daß es überhaupt widernatürlich, Wahnsinn sei, so etwas Ungereimtes für möglich zu halten, und daß, wenn davon die ewige Seligkeit abhängt, sie lieber als Gentile das Schicksal aller anderen Gentiles theilen wolle. Und während sie so ihren empörten Gefühlen Ausdruck verlieh, wirbelten in dem Feldlager die Trommeln den Zapfenstreich und lockte der lustige Ton der Hörner und Trompeten die zerstreuten Soldaten nach ihren entsprechenden Zelten und Feuern hin. Gertha aber, als ob die kriegerische Musik ihren Jörn noch mehr entflammt habe, wiederholte mehrere Male heftig hinter einander den eben geäußerten Ausspruch, so daß die Schwester sich kaum eines Rächels zu erwehren vermochte.

Ihr Jörn verwandelte sich aber eben so schnell wieder in Angst und Besorgniß, als sie sich des Todesurtheils erinnerte, welches ihr Otel ihr an jenem Abend gezeigt hatte. Selbst Editha bebte, indem sie darauf hingewiesen wurde, daß Weatherton's Leben der Willkür eines Menschen wie Elliot, den sogar noch die wüthendste Eifer-

zu wollen. Der Vater eilte auf diese Nachricht sofort nach Berlin, wo ein zweiter Sohn von ihm wohnte. Mit diesem und noch einem Verwandten verfolgte er die Spur des Lebensmüden bis zu dem Spandauer Bod. Zwei Tage lang fragte und suchte man vergebens herum und ließ endlich, von Hoffnungslosigkeit erfäßt, von weiteren Recherchen ab. Da, am dritten Tage, trafen Kellner des Wenig'schen Lokals den Gesuchten, den sie nach der Beschreibung des Vaters erkannten. Er war äußerst niedergeschlagen, erschrak bei Kennung seines Namens und brach bald in Thränen aus. Bei sich führte er einen neuen geladenen Revolver und ein sogenanntes Bulldoggmesser. Der Bruder wurde benachrichtigt und holte den Halbverzeifelten ab. Hoffentlich regt sich in ihm wieder der Wille zum Leben und die stillste Kraft.

Im Belle-Alliance-Theater ist jetzt die ungebundenste Heiterkeit an der Tages- resp. Abendordnung. Der Schwanz mit Gefang, „Die Leibrente“, von den Damen Duchmann, Wend, Fröblich, den Herrn Emil Thomas, Niede, Dorn, Goeschke und Tschowski brillant dargestellt, fordert durch seine wirklich komischen Situationen das Publikum zu anhaltendem Lachen heraus und lohnt die wackeren Künstler mit lautem Beifall.

Infolge der Nichtbeleuchtung der Treppen und Hausflure verunglückte am 28. d. M., Abends gegen 8 Uhr, die Frau eines Schneidemeisters in der Gormanstraße. Bei der herrschenden Dunkelheit verfehlte sie die erste Stufe der Treppe und stürzte hinab. Die Frau erlitt hierbei eine so bedeutende Wunde an der Stirn, daß ihr dieselbe durch einen Heilgehilfen zugenäht werden mußte.

Den Drechsler zur Nachricht, daß der Streik bei Göddner, Stalitzerstr. 60, nach 9 tägiger Dauer zu Gunsten der Arbeiter als beendet zu betrachten ist. Durch Einigkeit und dadurch, daß es gelungen ist, den Juzug fern zu halten, ist es den Arbeitern genannter Fabrik geglückt, Herrn Göddner dazu zu bewegen, daß er die geforderten 5 Pf. mehr pro Stück bewilligt hat.

Gerichts-Zeitung.

Ein treffendes Bild zu den Lohnbewegungen im Allgemeinen und der Tischlerlohnbewegung speziell lieferte eine am 21. September vor dem Schöffengericht, Abtheilung 91, stattgefundene Verhandlung. Der Staatsanwalt hatte auf Anregung einiger Revisoren der Tischlerlohnbewegung Anklage wegen Unterschlagung gegen den Tischler Gustav Rödel, der seinerzeit Leiter der Lohnbewegung war, erhoben. Die Anklage ging dahin, daß der Tischler Rödel eine Summe von 30 M. bei der Abrechnung für Miete des Wintergartens des Zentralhotels angerechnet hatte. Die Richtigkeit dieser Angabe wurde jedoch von den Revisoren nachgewiesen, welche sich persönlich von der Unwahrheit der Angaben im Bureau des Zentralhotels überzeugt hatten. — Herr Rödel ließ sich dahin aus, daß ihm das vollständige Verfügungsrecht über die Veramlungsgelder von den Tischlern Berlins in die Hand gegeben sei und er habe diese Befugniß in der Weise angewandt, daß er obige 30 M. dem kranken Tischler Hede, der ebenfalls der Lohnkommission angehört, und den er als hilfsbedürftig schilderte, zugewandt habe. Er setzte weiter hinzu, daß sich in letzter Zeit eine Spaltung in der Lohnbewegung geltend gemacht habe, dessen einer Theil die Bewegung in das politische Gebiet hinüberziehen wollte. Es wären ihm sogar verschiedene Anträge gemacht worden, von den ihm anvertrauten Geldern etwas zu sozialdemokratischen Parteizwecken herzugeben, und auf seine Weigerung sei wohl auch hauptsächlich die Anklage erfolgt. Die früheren Revisoren Hülshbed, Sackow und Winter beklagten als Zeugen, daß Herr Rödel durchaus nicht allein über diese Gelder verfügen konnte, sondern daß er stets über alle Einnahmen und Ausgaben Rechnung legen mußte. Herr Rödel habe aber die Verwendung obiger 30 Mark absolut keinen Nachweis führen können. Herr Venz beidete, daß Herr Rödel mit dem Gelde schalten könne, wie er wolle, nur dürfe er dasselbe natürlich nicht in seinem Nutzen verwenden und müsse nachher Bericht erstatten. Auf einige Fragen des Vorsitzenden gab Herr Rödel zu, daß er den Revisoren die Unwahrheit gesagt habe. Der Staatsanwalt erklärte, diese Anklage fallen lassen zu müssen, da die Lohnbewegung ein loses Zusammengeden der Tischler sei, und keine juristische Person da sei, welche die Forderung einlagen könnte, es müßte vielmehr jeder Tischler, wenn er glaubte, Anspruch erheben zu können, auf zivilrechtlichem Wege vorgehen. Herr R. v. S. Kadewig, als Vertreter des Herrn Rödel, schloß sich den Ausführungen des Staatsanwalts an, plaidirte für Freisprechung und stellte außerdem den Antrag, Herrn Rödel Publikationsrecht zuzusprechen, da derselbe von politischer Seite in bestiger Weise angegriffen sei. Der Gerichtshof beschloß den Ausführungen der Staatsanwaltschaft gemäß und sprach Herrn Rödel wegen Verschwendung der Angelegenheit frei.

Prozeß Graef.

Zweiter Tag. (Fortsetzung.)

Das vom R. v. Bernstein der Staatsanwaltschaft angegebene thema probandum entspricht genau dem vom Professor

sucht in seinen Handlungen leide, preisgegeben sei. Allein auch hier behielt die verständige junge Frau ihre Gedanken und Befürchtungen für sich, um ihre geliebte Schwester nicht noch mehr zu ängstigen und zu betrüben. Dagegen sprach sie ihr Muth und Hoffnung zu, und dabei nannte sie es einen Beweis von Geistesgegenwart und ungewöhnlicher Klugheit, daß sie die Mohaves aufgefordert habe, über Weatherton zu wachen. Sie für ihre Person beweisste es wenigstens keinen Augenblick, daß die braven Indianer, welche ihr bereits so viele Beweise ihrer Anhänglichkeit gegeben, sie recht verstanden hätten und ihren Wünschen gemäß handeln würden.

Gertha freute sich über das Lob, welches die Schwester ihr spendete, und fühlte sich beruhigter. Sie nannte es eine an Wahnsinn gränzende Thorheit, den an Reynolds begangenen Mord Weatherton's Freunden oder gar ihm selbst zur Last legen zu wollen. Ferner hob sie hervor, mit welchem Stolz es sie erfüllen würde, Weatherton persönlich seine Befreiung anzukündigen, und wie sie dann Elliot erklären wolle, daß sie eine Christin und keine Heidin sei, und jede fernere Verbindung mit ihm als abgebrochen betrachte. Seiner Gattin, der sankten, duldbenden Engländerin dagegen wolle sie die süßesten Worte des Trostes sagen, den Knaben aber, den sie bisher nicht öffentlich als ihren Sohn anerkennen durfte, an ihre Brust legen und ihn reich beschenken, das heißt, wenn Elliot nicht ihr Vermögen wegen Nichthaltung ihres Versprechens bis auf den letzten Pfennig für sich in Anspruch nehme. Eine Zusammenkunft zwischen ihrer Schwester und Holmsten, behauptete sie mit Entschiedenheit, sei indessen nicht wünschenswerth oder rathsam, weil derselbe ja schon wieder verheiratet sei. Aber sie selbst wolle Holmsten sehen und sprechen und feurige Kohlen auf sein Haupt sammeln. Sie wolle ihn zuerst nach Weib und Kind fragen, und dann erst ihm erzählen, wo und wie sie dieselben gefunden. Aber kein hartes Wort, keine Schmähung solle über ihre Lippen kommen, nur das molle sie ihm sagen, daß er einen Engel gekränkt habe, und die Vergeltung nicht vergeblich auf sich warten lassen würde.

(Fortsetzung folgt.)

Graef angegebenen Wortlaut der Fragestellung. Der Zeuge Bernstein bestätigt dann noch, daß Helene Hammermann einige Zeit nach der Verurteilung ihrer Mutter zu ihm gekommen sei und ihm gestanden habe, daß sie die Beschuldigung gegen Graef nur erfunden habe. Sie habe die Frage damit verknüpft, ob dies Geständnis für ihre Mutter von Vorteil sein könnte. — Maler Dieltz, welcher schon in dem Prozesse Hammermann als Zeuge vernommen worden ist, erinnert sich der Vorgänge bei diesem Prozesse, namentlich bezüglich der Fragestellung ganz in derselben Weise, wie Direktor Bachmann. Namentlich bezweifelt derselbe auch, daß das Wort „verführt“ gebraucht worden sei. Helene Hammermann habe sich eines Tages auch bei ihm als Modell angeboten, und als er sie gefragt, ob sie sich denn vielleicht schon bei Professor Graef bemüht habe, habe das Mädchen als Antwort darauf nur verlegen gelächelt. Staatsanwalt Heinemann: Der Angeklagte Graef hat gestern seine abendlichen Besuche bei der Familie Rothers dahin erklärt, daß er das „Mädchen“ in Sonntagsdarstellungen wollte, und da ein solches im Atelier nicht jederzeit herzustellen sei, zu dem Ausbittelmittel des Studiums bei Lampenlicht gegriffen habe. Ist dies überhaupt denkbar? Zeuge: Es ist nicht unmöglich, daß unter Umständen zu dem Ersatz des Sonnenlichts durch Lampenlicht gegriffen wird, namentlich, wenn es sich um die Fixierung scharfer Schatten handelt und eine annähernde dem Sonnenlicht ähnliche Schattenschilderung könne man im Notfall auch durch intensives Lampenlicht erzeugen. — Staatsanwalt Heinemann: Das thut man doch wohl nur, wenn man ein Modell besucht, um auch an Ort und Stelle bei Lampenlicht zu malen. — Zeuge Dieltz: Das ist doch nicht in jedem Falle erforderlich. Als Prof. Menzel das berühmte Bild „Ein Ballsouper“ malte, wurde er sehr häufig im Café Bauer betreten und erläuterte dies seinen Freunden dahin, daß er Lichteffekte studire. — Einige Malerinnen, denen Helene Hammermann Modell gestanden, können Nachbelliges über dieselbe nicht ausfragen. Ihnen schließt sich Prof. Thumann an, welcher ebenso wie der Zeuge Dieltz der Meinung ist, daß die an Graef gerichtete Frage dahin ging: ob das qu. Verhältnis bestanden hat. Prof. Thumann bekundet noch, daß über das Verhältnis des Professor Graef zur Vertha Rothers in Künstlerkreisen schon längere Zeit mancherlei verlautete. Nachdem Professor Graef dies Verhältnis eidlich bestritten, habe er an die Existenz desselben auch nicht geglaubt. Hammermann hatte sich, um ein Wiederaufnahmeverfahren einzuleiten, u. A. auch an den R.-A. Sello gewandt und mit dem dort beschäftigten Referendar Silberstein verhandelt. Letzterer bekundet als Zeuge, daß Hammermann bei dieser Gelegenheit ganz den Eindruck machte, als wenn er von der Unschuld seiner Frau überzeugt sei. Thränenden Auges habe er darauf hingewiesen, daß seine ungerathene Tochter sie hinter Licht geführt und nun ein reumüthiges Geständnis abgelegt habe. Sie habe die ganze Geschichte nur erfunden, um nicht mehr Modell zu stehen. Hammermann giebt dies zu, meint aber, daß dies eine Kriegslüge war, um eben auf diese Weise eine Wiederaufnahme zu erreichen und seine Frau aus dem Gefängnis herauszubekommen. — Geh. Medicinalrath Wolff giebt Auskunft über den medizinischen Befund der Helene Hammermann, welcher Augergewöhnliches nicht ergeben hat. — Maler und Professor Kreschmer, 74 Jahre alt, bestritt mit Entschiedenheit, daß er sich irgendwie an der Helene Hammermann vergangen habe. Dieselbe habe sich als Modell bei ihm angeboten, er habe sie gemustert, auch einmal zwei Stunden nach ihr gezeichnet, das Mädchen sei aber durchaus ebenso harmlos wieder aus seinem Atelier fortgegangen, wie sie zu ihm gekommen. Er sei deshalb ganz erstaunt gewesen, wie dann plötzlich Frau Hammermann in seine Wohnung gekommen sei und ihm Vorwürfe über sein Verhalten zu ihrer Tochter gemacht habe. Das ganze Auftreten derselben habe ihm die Vermuthung nahe gelegt, daß es sich um einen Erpressungsversuch handelte. Er habe deshalb die Frau energisch abgewiesen. Dann sei ihm plötzlich der Volksanwalt Krichen in die Wohnung gekommen und habe ihm „aus Menschenliebe“ zugeredet, sich doch mit den Leuten zu verständigen. Er habe auch den Krichen abgewiesen und ihn ein zweites Mal gar nicht mehr vorgelesen. Dann habe Hammermann gegen ihn eine Denunziation losgelassen, nachträglich sei dann wieder Frau Hammermann zu ihm gekommen und habe ihm vorgeschlagen, gegen ein Opfer von 1000 Mark die Sache tot zu machen. Er habe sich zu seinem Glück auf gar nichts eingelassen, sondern die Anzeige an die Staatsanwaltschaft wegen Erpressung erstattet. Ganz dramatisch ist die Konfrontation der Helene Hammermann mit dem Zeugen. Das Mädchen, welches alle seine Antworten mit erstaunlicher Jungenfertigkeit giebt, schleudert dem alten Herrn den Vorwurf der Unwahrheit ins Gesicht und ruft ihm wiederholt zu: „Sie lügen ja! Was ich sage, ist die Wahrheit! Ich weiß am besten, was Sie gethan haben.“ Prof. Kreschmer versichert wiederholt, daß das Mädchen aus lauter Lügen zusammengesetzt sei. Auch Frau Hammermann wird mit dem Zeugen konfrontirt und giebt über die Art der Unterhandlungen mit Prof. Kreschmer und die Geschichte der 1000 M. eine Darstellung, welche der Zeuge wiederholt mit der Bemerkung begleitet: „Vollständig erlogen! Kein Wort davon ist wahr!“ Frau Bergmann, die Tochter des Prof. Kreschmer, bezeugt, daß sie während der Zeit, wo Helene v. Modell stand, unmittelbar neben dem Atelier sich aufgehalten, aber nichts wahrgenommen habe, was auf Ungebührlichkeiten schließen ließ. Dasselbe bekundet Fräulein Sabine Graef bezüglich des Modells der Helene v. bei ihrem angeklagten Vater. Während der Zeuge Kreschmer von der Vertheidigung geladen war, um das Zeugnis der Helene Hammermann zu erschüttern, folgen nun einige von dem Staatsanwalt vorgeschlagene Zeugen, welche wieder gegen das Zeugnis des Prof. Kreschmer ins Feld geführt werden. Die desfallsigen Aussagen zweier Zeugen sind aber gänzlich ohne Belang und in der Luft schwebend. Mit der Vernehmung dieser Zeugen schließt die Sitzung um 7 Uhr.

(Fortsetzung in der Beilage.)

o. k. Die Reichstags-Abgeordneten v. Vollmar, Bebel und Genossen wegen Theilnahme an einer geheimen Verbindung vor Gericht. Chemnitz, 29. September 1885. Zweiter Tag der Verhandlung. Aus der gestrigen Verhandlung ist noch folgendes nachzutragen: Auer bestritt auf Befragen des Präsidenten, daß ein Archivfonds existirt. — Bebel: Ein Archivfonds besteht doch, es ist aber charakteristisch, daß selbst Auer von dem Vorhandensein des Archivfonds keine Kenntnis hat. Jedensfalls geht aus dem Wädener Kongressprotokoll hervor, daß das Archiv einen rein wissenschaftlichen und keinerlei agitatorischen Zweck hat. — Es wird nunmehr ein im Jahre 1882 erschienener Artikel verlesen, in welchem den Parteigenossen in Deutschland strenge Geheimhaltung und Vorsicht in allen Dingen, ganz besonders beim Briefschreiben, Briefversenden u. s. w. gemacht wird. — Auer: Dieser Artikel war zur Zeit gegeben. Ich selbst habe im Jahre 1880 einmal in Zürich 6 Briefe in den Briefkasten gemworfen. Ein Polizeimann sah dies und zeigte es der Bürgermeisterei an. Daraufhin wurden die 6 Briefe auf die Bürgermeisterei gebracht und auf richterlichen Beschluß erbrochen, da ich hinreichend verdächtig erschien, Briefe durch die Post befördern zu lassen, die einen strafbaren Inhalt haben.“ Die Untersuchung ergab, daß dies nicht der Fall war. Derartige Vorkommnisse haben uns veranlaßt, unsere Briefsendungen geheim zu halten und auch allen Parteigenossen dies anzurathen. Wir müssen geheimnissvoll sein, obwohl wir keine Geheimnisse haben. Im vergangenen Sommer gab ich in Dresden ein Paket an meine eigene Adresse auf. Es waren in demselben Druckschriften enthalten, die zu meiner eigenen Unterhaltung dienen sollten. Dieses Paket wurde mit Beschlag belegt und da einige

Exemplare des in New York erscheinenden „Sozialist“ in demselben enthalten waren, so wurde der Versuch gemacht, mich wegen Verbreitung verbotener Druckschriften anzuklagen. Dieser Versuch scheiterte selbstverständlich, da eine Uebersendung von Druckschriften an mich selbst keine Verbreitung ist. — Bebel: Ich kann dem noch hinzufügen, daß, als ich von Leipzig ausgewiesen war, alle Briefe, die an meine Adresse kamen, zunächst erbrochen wurden. Ich konstatire, daß diese Verhältnisse in den letzten Jahren wesentlich besser geworden sind und der verlesene Artikel auf unsere jetzigen Verhältnisse kaum mehr paßt. — Präsi.: In einem weiteren Artikel des „Sozialdemokrat“ wird bezüglich der Verbreitung von Wahlflugblättern die größte Vorsicht anempfohlen? — Bebel: Diese Vorsicht war nothwendig, da wir nie wissen konnten, ob uns die Polizei die Wahlflugblätter nicht konfisziren würde. In früheren Zeiten machten wir der Polizei von dem Erscheinen eines Wahlflugblattes stets Anzeige, als wir aber der Laune der einzelnen Polizeiorgane ausgesetzt waren, so daß wir nicht mehr wußten, was Recht und was Unrecht ist, sahen wir uns genöthigt, unsere Taktik zu ändern und die Verbreitung der Wahlflugblätter vor der Polizei geheim zu halten. — Präsi.: Herr Bebel, ich muß doch bemerken, daß es sich nicht geziem, von einer Laune der Polizeibehörde zu sprechen. Ich kann eine derartige, durch nichts bewiesene Anschuldigung gegen eine Behörde nicht dulden. — Auer: Wenn es nicht Laune war, so steht zum Mindesten fest, daß die Polizeibehörden das Sozialistengesetz in der verschiedensten Weise auslegten. Was die eine Polizeibehörde gestattete, verbot die andere. So fand eine ganz verschiedene Praxis in der Anwendung des Sozialistengesetzes statt. Die Verbreitung von Wahlflugblättern ist gewiß eine ganz legale Handlung, es gab jedoch eine Zeit, wo Alles und Jedes, das von uns ausging, einfach verboten, bzw. konfiszirt wurde. Die Polizei wollte uns einfach nicht mehr athmen lassen, deshalb gestatteten wir uns, zu ahmen ohne die Genehmigung der Polizei. Hätten wir dies nicht gethan, dann hätten wir uns einfach für politisch todt erklären müssen; dazu hatten wir aber absolut keine Neigung.

Präsi. Brüdner eröffnet gegen 9¼ Uhr Vormittags wiederum die Sitzung und beginnt mit der Verlesung eines am 9. November 1882 im „Sozialdemokrat“ erschienenen Artikels, in welchem den Parteigenossen in ihrem Gesamtverhalten Vorsicht angerathen wird. — Bebel: Dieser Artikel ist von Niemandem unterzeichnet, wir, die wir auf der Anklagebank sitzen und auch die anderen Mitglieder der Parteileitung lehnen daher die Verantwortung für denselben, sowie überhaupt für alle im „Sozialdemokrat“ enthaltene Artikel, die nicht von uns unterzeichnet sind, ab. Ich habe bereits gestern des Näheren dargelegt, daß die Parteileitung durchaus keinen unumstößlichen Einfluß auf die Redaktion des „Sozialdemokrat“ hat. — Am 10. April 1881 erschien im „Sozialdemokrat“ ein von Bebel unterzeichneter Artikel, in welchem er an seine Freunde und Parteigenossen im Auslande mittheilte, daß an ihn gerichtete Briefe nicht in seine Hände gelangen. Er forderte daher seine Parteigenossen auf, alle an ihn gerichteten Briefe „rekommandirt“, oder noch besser, an die Adressen Dritter zu senden. Der Artikel schließt: „Ich fordere überhaupt alle Gesinnungsgenossen im Auslande auf, in ihren Korrespondenzen an Genossen in Deutschland jede mögliche Vorsicht zu beobachten; es besteht ein so ausgedehntes richterliches Schußfeld seitens vieler deutscher Polizeibüreaus, wie man es sich außerhalb Deutschlands kaum vorstellen kann.“ — Präsi.: Haben Sie diesen Artikel geschrieben? — Bebel: Ja wohl. Ich glaube eben an das Briefgeheimnis in Deutschland nicht. Zur Zeit wurden alle an mich, ganz besonders aus dem Auslande gerichteten Briefe einfach von der Post angehalten und erbrochen. Ich schrieb deshalb an einen Freund, er solle mir Briefe unter der Adresse einer in meinem Hause wohnenden Frau senden. Allein auch diese Briefe wurden erbrochen. — Präsi.: Diese Maßregel war vielleicht im polizeilichen Interesse geboten? — Bebel: Wenn das der Fall gewesen wäre, dann hätte man nicht nöthig gehabt, derartige Manipulationen zu machen, sondern einfach von Gerichtswegen die Briefpost über mich verbieten können. — In einem weiteren Artikel des „Sozialdemokrat“ wird die Anwendung der Geheimschrift anempfohlen. — Bebel: Dieser Artikel ist augenscheinlich von der Redaktion des „Sozialdemokrat“ geschrieben, die Verantwortung für denselben müssen wir daher ablehnen. Im Uebrigen ist diese Geheimschrift niemals zur Anwendung gekommen, dies System wäre gar zu langweilig gewesen. — Auer: Der Generalpostmeister v. Stephan hatte zur Zeit den Befehl erteilt, alle Pakete, von denen vermuthet wird, daß verbotene Druckschriften in denselben enthalten seien, anzuhalten und der Polizei auszuliefern. Nun ist es ja bekannt, in welcher Weise dieser Befehl von den unteren Organen ausgeführt worden ist. Wir waren somit gewissermaßen für vogelfrei erklärt und sahen über alle möglichen Mittel nach, uns zu wehren. Allein unsere Tendenzen sind durchaus nicht derartig gefährlichen Charakters, daß wir diesen im „Sozialdemokrat“ gemachten Vorschlag hätten in Anwendung bringen müssen. Diese Manipulation sowohl, als auch der Vorschlag für eine „Boten- und Feldjägerpost“ wäre auch viel zu langweilig gewesen und voraussichtlich hätten wir auch schlechte Erfahrungen mit der Anwendung dieses Systems gemacht. — In einem weiteren Artikel des „Sozialdemokrat“ werden die Parteigenossen zur Wahl von Delegirten zu dem in Kopenhagen geplanten Kongress aufgefordert. In diesem Aufruf wird gesagt, daß der Ort des Kongresses noch nicht genannt werden könne und daß die Namen der Delegirten geheim zu halten seien. — Bebel: Da das Parteinteresse die Abhaltung eines Kongresses nothwendig machte, die Abhaltung eines Kongresses in Deutschland voraussichtlich aber verboten verboten worden wäre, so sahen wir uns genöthigt, den Kongress im Auslande abzuhalten. Wir hatten jedoch alle Ursache, den Namen des Ortes so lange als möglich geheim zu halten, da wir zu befürchten hatten, daß auswärtige Regierungen uns womöglich auch die Abhaltung des Kongresses in ihrem Lande verbieten würden. Die Namen der Delegirten wollten wir geheim halten, da die Befürchtung vorhanden war, daß die Delegirten nach ihrer Rückkehr wegen Theilnahme am Kongress außer Achtung kommen würden. Einen anderen Grund zur Geheimhaltung der Namen hatten wir nicht. Ich werde dafür wirken, daß aus diesem Grunde künstlich überhaupt die Namen der Delegirten nicht mehr genannt werden. Wenn den Delegirten Verschwiegenheit über die Kongressverhandlungen anempfohlen wird, so bemerke ich, daß jede Partei Interna zu verhandeln hat, die sie streng geheim hält. In jeder Partei kommen persönliche Dinge zur Sprache, die man der Öffentlichkeit nicht übergeben will. Dies ist u. A. auch der Grund, daß die Protokolle über unsere Kongresse immer dünner werden. — In einem weiteren Artikel des „Sozialdemokrat“ heißt es: „Wir sind kein Geheimbund, wollen keine Verschwörung, allein trotzdem ist Verschwiegenheit und Vorsicht in allen Dingen geboten.“ — Auer: Dieser Artikel, der als Belastungsmaterial angeführt wird, ist, wie die meisten anderen nur entlastend für uns. In dem Artikel ist doch klar ausgesprochen, daß wir keine Geheimbünde bilden wollen. Wenn wir aber trotzdem den Parteigenossen Verschwiegenheit und Vorsicht anempfohlen, so war dies durch die Verhältnisse geboten, jedenfalls war dies keine strafbare Handlung. — Der Präsident will nunmehr nach dem amtlichen stenographischen Berichte eine Reichstagsrede Hasenclevers verlesen. — R.-A. Freitag: Ich will keinen bestimmten Antrag stellen, ich mache aber darauf aufmerksam, daß diese Verlesung unzulässig ist. — Der Gerichtshof tritt in Berathung.

Nach sehr langer Berathung beschließt der Gerichtshof, die betreffende Rede zu verlesen. — R.-A. Rundel stellt den Antrag, den Abgeordneten Hasenclever zum Zweck des Gegenbeweises zu laden. — Oberstaatsanwalt: Ich lasse diesen Ge-

genstand der Anklage fallen. — R.-A. Rundel: Dann verzichte ich auf die Ladung Hasenclevers. — Die Vertheidiger und Angeklagten sind mit dem Antrage des Oberstaatsanwalts einverstanden. Der Gerichtshof tritt dem Antrage des Oberstaatsanwalts bei. — Es wird hierauf ein Artikel des „Sozialdemokrat“ verlesen, in welchem es heißt: „Unsere Organisation besteht nach wie vor, obwohl die Polizei ihre Pflicht gewiß voll und ganz erfüllt. Es muß doch ein fürchterliches Ding sein, unsere Organisation. Mag man in jedes Haus, ja in jede Wohnung einen Polizisten einquartieren, es wird den Nachbarn nicht gelingen, die Sozialdemokratie zu vernichten. Wir schließen mit dem Ausspruche unseres verstorbenen Freundes Braude, der im Reichstage bei Verathung des Sozialistengesetzes bekanntlich sagte: „Wir pfeifen auf das Gesetz.“ — Präsi.: Was haben Sie dazu zu sagen, Herr Bebel? — Bebel: Eigenthümlich ist es, daß, obwohl fast in jedem Satze des verlesenen Artikels das Wort „Organisation“ vorkommt, nur der Schlussatz als belästigend angeführt wird. Was den letzteren anlangt, so ist dieser Ausspruch gethan worden zur Zeit, als das Sozialistengesetz verlesen wurde. Faktisch ist unsere Organisation durch das Gesetz nicht zerstört, da, wie ich gestern bereits des Näheren ausführte, man unser geistiges Band nicht zerstören kann, man müßte denn die kapitalistische Produktionsweise aufheben. — Präsi.: Es wird doch durch diesen Ausspruch aber angedeutet, daß Sie die gesetzlichen Maßregeln gegen die Sozialdemokratie für unwirksam halten? — Bebel: Allerdings, wäre das Gesetz wirksam gewesen, dann wären wir einfach nicht mehr da. Der Ausspruch ist deshalb von Braude mit großem Vorbedacht gebraucht worden und wir wenden ihn auch heute noch gern an. — Der Präsident will alsdann eine Reichstagsrede des Abgeordneten v. Vollmar nach dem amtlichen stenographischen Berichte verlesen. — Rechtsanwalt Rundel protestirt gegen die Verlesung, wenn dieselbe in Abwesenheit des betreffenden Redners geschähe solle. — Der Gerichtshof beschließt die Verlesung; hält es aber für geboten, da von Vollmar Mitangeklagter sei, dieselbe nur in dessen Anwesenheit vorzunehmen. Wenn die königliche Oberstaatsanwaltschaft auf dieses Beweismittel nicht verzichtet — so bemerkt der Präsident — dann wird eine Verlegung eintreten müssen. — Oberstaatsanwalt: Da der Gerichtshof dieser Meinung ist, so verzichte ich im Interesse der Abkürzung des Verfahrens auf dieses Beweismittel. — Die Vertheidigung und die Angeklagten erklären sich damit einverstanden. — Es gelangt das Protokoll des Wädener Kongresses zur Verlesung, wonach das Wort „gegenseitlich“ aus dem Programm gestrichen wurde. — Auer: Als das Sozialistengesetz in Kraft trat, waren wir geradezu rechtslos. Man fragt nicht mehr, was gethan worden, sondern wer es gethan. Wir sagten deshalb: es wäre Heuchelei, wollten wir noch sagen, wir wollen auf gegenseitlichem Wege unsere Prinzipien verfolgen. Ich war, als das Sozialistengesetz in Kraft trat, Redakteur der „Berliner freien Presse“. Diese wurde auf Grund des Sozialistengesetzes verboten, weil ein Aufruf der streikenden Stellmacher in Wudapest in derselben enthalten war, in welchem die deutschen Stellmacher aufgefordert wurden, den Zug nach Wudapest abzuhalten. Diese Annonce genigte dem Berliner Polizeipräsidenten, die Zeitung zu verbieten. Man wies zur Zeit alle Vorstandsmitglieder von Gewerkschaften aus Berlin aus, und schloß letztere; ja nicht nur diese, selbst Gesangsvereine und Pfeifen-Klubs wurden verboten. Heute liegen die Verhältnisse wesentlich anders, so daß heute ein solcher Beschluß nicht mehr gefaßt werden würde. Im Uebrigen geht aus dem Protokoll hervor, daß in der Debatte über den in Rede stehenden Beschluß betont wurde: Wir werden selbstverständlich bestrebt sein, nach Möglichkeit Alles auf gegenseitlichem Wege zu erreichen. Auch hat Liebknecht im Reichstage gleich bei der ersten Verathung über den Reichstagsbericht von dem über Berlin verhängten keinen Belagerungszustand gesagt: Wir werden bemüht sein, den Bestimmungen des Gesetzes nachzukommen. Infolge dieser Aeußerung wurde Liebknecht und auch wir von dem bekannten Rost in der allerhöchsten Weise angegriffen. — Die Angeklagten gaben auf Betragen des Präsidenten zu, sämmtlich an dem Kopenhagener Kongress theilgenommen zu haben, und unter fremden Namen aufgetreten zu sein. — Bebel: Ich trete häufig selbst auf meinen Geschäftsreisen unter fremdem Namen auf, da ich nicht der Gegenstand der Neugier und sonstiger Plaudereien sein will. — Auer: Wenn wir unter unserem richtigen Namen aufgetreten wären und die Hamburger Polizei aus der Kopenhagener Fremdenliste ersehen hätte, daß eine große Anzahl deutscher Sozialdemokraten sich in Dänemark aufhalte, dann wäre dieselbe sofort aus dem Gedanken gekommen, daß in Kopenhagen ein Kongress stattfinden könnte.

Auf Antrag Bebel's wird ein Aufruf der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten vom September 1878 verlesen, in welchem eine Organisation von Mann zu Mann empfohlen wird, „da eine andere Organisation unter den heutigen Verhältnissen unmöglich sei.“ Bebel beantragt, noch andere Artikel aus dem „Sozialdemokrat“ zu verlesen. Der Präsident bemerkt jedoch, daß die betreffenden Nummern sich nicht bei den Akten befinden. — Bebel: Ich könnte dem hohen Gerichtshof das gesammte Heft des „Sozialdemokrat“ überreichen, müßte allerdings um die Rückgabe ersuchen. — Präsi.: Diesem letzteren Wunsche könnte ich nicht nachkommen, da der „Sozialdemokrat“ bekanntlich verboten ist und die verlangte Rückgabe die Verbreitung einer verbotenen Druckschrift wäre. — R.-A. Freitag: Die Uebergabe einer verbotenen Druckschrift an eine einzelne Person ist doch wohl keine Verbreitung. — Präsi.: Da bin ich doch anderer Meinung. — Auf Antrag Bebel's wird ein unterm 15. September 1878 von dem vormaligen Minister des Innern Grafen zu Eulenburg an sämmtliche deutsche Polizeibehörden gerichteter Erlaß verlesen, in welchem letztere aufgefordert werden, alle Vorkommnisse innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung auf's Genaueste zu beobachten und an die Zentralbehörde, das Berliner Polizeipräsidentium, Bericht zu erstatten. „Sollten die betreffenden Polizeibehörden — so ungefähre heißt es in jenem Erlaß — nicht in der Lage sein, derartige Beobachtungen anzustellen, so wird ihnen das Berliner Polizei-Präsidentium, dem derartige Mittel zur Verfügung stehen, die nöthige Unterstützung angedeihen lassen.“ Dieser als „sekrete“ bezeichnete Erlaß — so bemerkt Bebel — ist im Jahre 1883 von dem Nachfolger des Grafen zu Eulenburg, dem Minister von Puttkamer, erneuert und durch einen „glücklichen Zufall“ auch in die Hände der Sozialdemokratie gelangt. Wenn nun demnach feststeht, daß die deutschen Polizeibehörden alle Mittel in Bewegung gesetzt haben, um alle Vorkommnisse innerhalb der Sozialdemokratie auf's Genaueste zu beobachten und diese dennoch eine Organisation im Sinne der §§ 128 und 129 des Straf-Gesetzbuches nicht entdeckt haben, so wird wohl Niemand mehr im Zweifel sein, daß eine solche Organisation nicht besteht. — Der Angeklagte Geinzel hat bei seiner Vernehmung in Kiel die wesentlichsten Punkte der Anklage als richtig zugegeben. Er erklärt jedoch heute auf Befragen des Präsidenten: Er sei zur Zeit von einer längeren Geschäftsreise zurückgekehrt, sei körperlich und geistig erschöpft gewesen, habe viel Familienumkehr gehabt und in diesem Zustande sei er in Kiel einem 3/4 stündigen richterlichen Verhör unterzogen worden. Außerdem sei er mit den näheren Verhältnissen der Partei sehr wenig vertraut gewesen und habe auch die Tragweite seiner Auslassungen nicht bemessen, da er nicht geglaubt habe, daß es zu einer Anklage kommen könnte. Seine Auslassungen seien also in unüberlegter und unwissender Weise erfolgt und müsse er eine Verantwortung für dieselben ablehnen. — Die Beweisaufnahme ist danach beendet. — Da die Plaidoyers voraussichtlich sehr lange Zeit in Anspruch nehmen dürften, so verlag der Präsident gegen 12¼ Uhr Mittags die Sitzung auf Mittwoch Vormittag 9 Uhr.

Politische Uebersicht.

Holland.

Aus Amsterdam wird die Fortsetzung der Straßendemonstrationen gemeldet: In den Abendstunden fanden in den Straßen abermals Menschenansammlungen statt, größere angeblich vorwiegend aus Sozialdemokraten bestehende Menschenentrüppel durchzogen, von Tausenden von Neugierigen gefolgt, unter dem Gesänge sozialistischer Lieder die Straßen, die Polizei beschränkte sich aber auf deren Ueberwachung; ernstere Störungen kamen nicht vor. Die Bewegung in Holland ist nach einer dem „Figaro“ aus Amsterdam zugehenden Korrespondenz stark im Wachsen. Von Ursprung ist die Bewegung, wie er darlegt, keine eigentlich sozialistische; sie umfasst eine ganze Menge von Geschäftstreibern und richtet sich zunächst gegen den Wahlzensus. Derselbe ist in den verschiedenen Städten von verschiedener Höhe. Im Haag ist nur Wähler, wer mindestens 70 Gulden (etwa 120 Mark) direkte Steuern bezahlt. Nun ist freilich in Holland der Geldwerth geringer, als in den meisten benachbarten Ländern, aber der Zensus ist auch unter solchen Umständen zu hoch. Allerdings hat man die Zahl der Wähler fortwährend vergrößert, aber mit dieser Ausdehnung des Wahlrechts ist Niemand zufrieden, da sie lediglich aus den fortgesetzten, durch den Krieg mit Aithin in erster Linie veranlassenen Steuererhöhungen hervorgeht. Die Agitation gegen das Wahlsystem geht im Wesentlichen von drei Gruppen aus: der Niederländischen Liga für allgemeines Wahlrecht, der „Arbeiterliga“ und den Sozialdemokraten, welche freilich zum Theil in den beiden erstgenannten Gruppen aufgehen. Der Hauptführer der Agitation ist Rotterdam, wo der hervorragendste Führer der Sozialdemokraten, Domela Nieuwenhuis, welcher früher Pastor war, seinen Wohnsitz hat. Es ist kaum anzunehmen, daß die holländische Regierung sich auf die Dauer weigern wird, das verlangte allgemeine und gleiche Wahlrecht einzuführen.

Die direkte Ursache der Straßendemonstrationen ist die schon erwähnte Verurtheilung des Sozialisten van Ommeren zu einem Jahre Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung. Derselbe hatte vor Kurzem in der Stadt Platate angelebt, welche die Unterschrift des Königs trug und in welchen derselbe zu Gunsten des Volkes auf seinen Thron verzichtet. Natürlich hatte van Ommeren aus eigener Initiative die Platate hergeleitet. Der Inhalt gab den Behörden Veranlassung, gegen ihn die Anklage wegen Majestätsbeleidigung zu erheben und es erfolgte nunmehr seine Verurtheilung. Die „Wef. Zig.“ bringt über die Vorgänge noch Folgendes: Van Ommeren wurde beim Verlassen des Justizpalastes von einer zahlreichen Menge empfangen und nach dem Telegraphenamt geführt. In der Leidestraße stellte man ein rothes Tuch als Platte auf und brachte mehrere grüne Kränze zum Vorschein, um van Ommeren damit zu schmücken. Auf dem Damme wurden noch drei rothe Tücher als Flaggen an Stöcken befestigt. Alsdann nahmen Van Ommeren, reich bekränzt, und drei Frauen und zwei Männer, mit Kränzen in der Hand in einem Fuhrwerk Platz und begaben sich nach dem Volksgarten. Die Menge war vorher durch Flugblätter benachrichtigt worden, daß dort eine Versammlung abgehalten werden sollte, um die Sozialistenverfolgung zur Sprache zu bringen. Um 12 Uhr war der Saal mit Männern und Frauen dicht gefüllt. Nachdem dort mehrere Redner Ansprachen gehalten hatten, wollte sich die Menge, van Ommeren an der Spitze, nach einem anderen Lokal auf der Wachtelooplein begeben. Anjänglich ließ die Polizei den Zug gewähren. Einer Aufforderung der Polizeigenanten, die rothen Flaggen fortzunehmen, wurde nicht Folge geleistet. Als die Menge in der Nähe des Damms den Verkehr zu hindern drohte, brachte die Polizei die Theilnehmer an dem Umzuge zum Stehen und forderte dieselben auf, auseinanderzugehen, was aber nicht geschah. Darauf wurde die Menge von der Polizei auseinandergejagt. Die Polizeisten bemächtigten sich der rothen Flaggen und verhafteten fünf Personen, darunter einen Kolporteur des „Recht voor Allen“. Die Agenten machten von Säbel und Stoß Gebrauch und verwundeten mehrere Personen.

Frankreich.

Bis zur Stunde sind in Paris sieben Kandidatenlisten veröffentlicht worden; noch fehlen zwei oder drei, die der „Lanterne“, die der revolutionären „Bataille“, und die zehnte, welche die Interessen der Umgegend von Paris im Gegensatz zu den übrigen neun wahren soll. Die sieben heute bekanntesten Listen sind: die einzige der Konservativen, Bonapartisten,

Das nervöse Zeitalter.

Man hat unsere Zeit oftmals die Epoche des Dampfes genannt, aber mit weit größerem Rechte müßte sie das Zeitalter der Nerven, oder der Nervosität heißen. Der Kulturmensch von heute ist vor allem nervös, besonders der Großstädter, und die von Jahr zu Jahr gesteigerten Anforderungen, welche das Leben unter den Formen von Arbeit und Genuß an ihn stellt, bezahlt er vor Allem mit seinen Nerven. Wer daran zweifeln könnte, der lese das Buch „Ueber gesunde und kranke Nerven“ von dem berühmten Grazer Nervenarzt Professor Dr. Freiherr von Krafft-Ebing, der anerkannten Autorität für Nervenleiden unserer Zeit. Dieses Buch ist kein sogenannter „ärztlicher Rathgeber“ zur Selbstbehandlung, sondern es bezieht sich hauptsächlich, die Ursachen dieser Krankheiten darzulegen. Es ist ein ernstes Mahnwort, nicht nur an das Publikum, sondern auch an die Behörden, und es wäre zu wünschen, daß seine Anschauungen in weitere Kreise eindringen möchten. Bei der Krocklosigkeit des Gemüthes, das der Gelehrte entwirft, ist nur das Eine tröstlich, daß er selbst durchaus kein Pessimist ist; im Gegentheil belebt er in den Leidenden die Zuversicht und beweist, daß ihr Zustand keineswegs ein hoffnungsloser ist. Indem Krafft-Ebing die Symptome der heutigen Nervosität schildert, wie sie nicht nur den einzelnen, sondern die Massen ergriffen hat, greift er in die verschiedensten Sphären ein. Der Erfolg der Schopenhauer'schen und Hartmann'schen Bücher ist ein ebenso gültiges Symptom wie die zunehmende Zahl der Selbstmorde und Geisteskrankheiten. Die Angst vor Seuchen, politischen Umdrehungen, Börsenkraus, Kriegen, vor dem Sozialismus u. A., die Welbrandprophezeiungen (s. B. Scherr für das Ende dieses Jahrhunderts) sind Ausflüsse der Nervenkrankheit, sowie die Nervosität des Einzelnen der Nervenkrankheit, sowie die Nervosität des Einzelnen ihm die Furcht vor Blutschlag, geschlossenen Räumen, Mithen die Furcht vor Blitzschlag, geschlossenen Räumen, Schlagentzünden, Feuer und speziell Theaterbrand, Schlagentzünden und ansteckenden Krankheiten einflößt. Der erfahrene Arzt, der seit Jahrzehnten die Entwicklung dieser Nerven-

krankheiten verfolgt, gelangt zur Ueberzeugung, daß die moderne Gesellschaft einem moralischen und physischen Ruin zusteuere, falls nicht günstige Interferenzbedingungen eintreten, Zustände, welche die Kulturentwicklung in ruhigere Bahnen lenken, Geist und Körper zur Ruhe und Sammlung gelangen lassen, edlere und sittliche Ziele des Daseins eröffnen. Der Kampf ums Dasein, wie er heute fieberhaft betrieben wird, ist eine Hauptursache des Uebels. Die Gesellschaft geht zu Grunde am „Karrieremachen“ und die rapid zunehmende Verschlechterung ihrer Konstitution vererbt sich auf das kommende Geschlecht und macht dieses noch verkommener. Auch die immer häufiger auftretende Gehirnverweichung ist eine Folge dieser Zustände. Das Gleichgewicht zwischen „Nervenkraft“ und „Nervenarbeit“ muß unter den jetzigen Umständen immer empfindlich gestört sein. Das Nervensystem wird nicht hinreichend ernährt und insbesondere sind die Nervenfasern, in denen wir zusammengepackt wohnen, Krankheitsherde; ja man muß eine übermäßige Steuerbelastung und Wohnungsmiethe geradezu eine „Luftsteuer“ nennen. Die Nahrung selbst ist fehlerhaft und Beard hat vielleicht nicht Unrecht, wenn er behauptet, daß der geringere Fettreichthum der Nahrung mit einer Ursache unserer zunehmenden Nervosität ist. Fleisch und Fett sind für den geistigen Arbeiter unserer Zeit unentbehrlich, und damit sind namentlich auch die Vegetarier verurtheilt. Dagegen benutzen wir übermäßig Alkohol, Kaffee und Thee, welche recht eigentlich Sparmittel für den Organismus sind, indem sie den Stoffwechsel verlangsamen. Endlich sündigt wir zeitweilig gegen den Schlaf, diesen Spar- und Schatzmeister der Nervenkraft. Jedenfalls ist unsere Lebensweise entscheidend für das Lebensglück der Nachkommen. Die ererbte Nervenschwäche ist schon jetzt nur zu häufig und wird immer häufiger werden. Auf einer neuropathischen Konstitution beruht unter Anderm die barocke Originalität mancher Künstler und Schriftsteller der Neuzeit, deren Werke Beifall finden, weil die Mehrzahl ihrer Hörer ebenso pathologisch organisiert ist. Auch allerlei aufgeregte Köpfe, Welt-

Orleanisten, Legitimisten vereint; die opportunistisch-radikale Liste Tolain (Alliance républicaine); die Liste der sozialistisch-radikalen Presse, nach Clémenceau benannt; dann die nach Rochefort und nach Manjan benannten; die Liste der Arbeiterpartei mit Joffrin an der Spitze; die Liste der revolutionären Koalition und die der sozialistischen Föderation. Einige Persönlichkeiten der radikal intransigenten Partei lehnen auf verschiedenen Listen wieder, so die Namen Rochefort's, Manjan's, Clémenceau's. Der Konseilspräsident und der Minister des Innern, die Herren Brisson und Alain-Cargé, der Kammerpräsident Floquet und der Abg. Loquet, der Führer der Minenarbeiter von Anzin, Bürger Basly, der Kommune-General Cudde gleichfalls auf verschiedenen Listen. Die „Fédération socialiste“ zählt auch sechs Kandidatinnen auf, darunter Louise Barberousse.

Zwei deutsche Sozialisten, der Schuhmacher Müller und der Tischler Schneegans, die einer stürmischen Wählerversammlung im Börsenpalais anwohnten, sind aus Frankreich ausgewiesen worden.

Großbritannien.

London, 28. September. Die gestrige übliche Sonntagsversammlung der Sozialisten in Dodsstreet, Limehouse, im Ostende von London, gestaltete sich zu einer imposanten Kundgebung zu Gunsten der öffentlichen Redefreiheit. Die Polizei, die wohl einen Wink von oben erhalten haben mochte, enthielt sich jedweder Einmischung, so daß das Massenmeeting ohne Ausschreitungen oder Störungen verlief. Zwar hatte sie sich erlaubt, den Veranstalter der Kundgebung einen anderen Versammlungsort als den in Dodsstreet anzuweisen, aber dieses Ansuchen wurde von dem Wachsamkeitsauschuß der Sozialisten mit Entrüstung zurückgewiesen. Dodsstreet ist eine Straße, in der sich nur zwei oder drei Privathäuser befinden. Die übrigen Gebäude sind Magazine, die am Sonntag geschlossen sind, so daß von einer Störung des Straßenverkehrs kaum die Rede sein kann. Die Theilnehmer an der Kundgebung, worunter sich Deputationen fast sämtlicher radikaler Arbeiterclubs der Metropole befanden, zogen mit Fahnen und Bannern unter Abführung der Marschallkappe nach dem Versammlungsort. In dem Zuge bemerkte man viele rothe Fahnen, auf denen die traditionelle Freiheitsschärpe stand. Die Fahnenträger, die Delegirten der Arbeiterclubs und die Redner trugen rothe Abzeichen. Um 12 Uhr Mittags waren in der Nachbarschaft von Dodsstreet wohl 60 000 Menschen versammelt. Die Polizei hielt sich in respektvoller Entfernung. Auch hätte sie gegen die enorme Volksmenge nichts ausrichten können. Sie beschränkte ihre Thätigkeit darauf, die Straßen soweit als möglich frei für den Wagenverkehr zu halten. Einer der Redner, Dr. Koeling (ein Schwiegersohn Karl Marx'), ermahnte das Volk, sich so ruhig und würdevoll wie bei früheren Gelegenheiten zu betragen. Der Sieg sei errungen, und mit Ernst, Entschlossenheit und Einigkeit würde es aus allen künftigen Kämpfen für seine Rechte ebenso siegreich hervorgehen. Auf seinen Antrag wurde mit Enthusiasmus nachstehende Resolution gefaßt:

„Diese Versammlung der Arbeiter Londons protestirt gegen das willkürliche Vorgehen der Polizei, indem sie sich bestrebt, das Recht der Redefreiheit unter freiem Himmel auf öffentlichen Plätzen, wo keine willkürliche Vertheilung verursacht wird, zu unterdrücken. Diese Versammlung ist der Meinung, daß die Befugniß, über die Gefährlichkeit oder Ungesundheit solcher Versammlungen zu entscheiden, nicht in den Händen unverantwortlicher Polizeikommissarien liegen sollte, und ferner verlangt diese Versammlung, daß dasselbe Recht Rednern aller Meinungsrichtungen ohne irgend welchen Unterschied gewährt werden sollte.“

Die Sozialisten und deren Freunde zogen alsdann nach dem West End ab. Als der Aufzug bei der Polizeistation in Biggottstreet vorüberkam, erhoben sich lärmende Hohnrufe auf die Polizei. Vor dem Hauptportale des Dock wurden weitere Reden gehalten, ohne daß die Polizei intervenirte, worauf die Kundgebung geschlossen wurde und die Menschenmassen sich langsam zerstreuten, ohne irgend welche Ausschreitungen zu geben.

zustände der Allgemeinheit verfolgt, gelangt zur Ueberzeugung, daß die moderne Gesellschaft einem moralischen und physischen Ruin zusteuere, falls nicht günstige Interferenzbedingungen eintreten, Zustände, welche die Kulturentwicklung in ruhigere Bahnen lenken, Geist und Körper zur Ruhe und Sammlung gelangen lassen, edlere und sittliche Ziele des Daseins eröffnen. Der Kampf ums Dasein, wie er heute fieberhaft betrieben wird, ist eine Hauptursache des Uebels. Die Gesellschaft geht zu Grunde am „Karrieremachen“ und die rapid zunehmende Verschlechterung ihrer Konstitution vererbt sich auf das kommende Geschlecht und macht dieses noch verkommener. Auch die immer häufiger auftretende Gehirnverweichung ist eine Folge dieser Zustände. Das Gleichgewicht zwischen „Nervenkraft“ und „Nervenarbeit“ muß unter den jetzigen Umständen immer empfindlich gestört sein. Das Nervensystem wird nicht hinreichend ernährt und insbesondere sind die Nervenfasern, in denen wir zusammengepackt wohnen, Krankheitsherde; ja man muß eine übermäßige Steuerbelastung und Wohnungsmiethe geradezu eine „Luftsteuer“ nennen. Die Nahrung selbst ist fehlerhaft und Beard hat vielleicht nicht Unrecht, wenn er behauptet, daß der geringere Fettreichthum der Nahrung mit einer Ursache unserer zunehmenden Nervosität ist. Fleisch und Fett sind für den geistigen Arbeiter unserer Zeit unentbehrlich, und damit sind namentlich auch die Vegetarier verurtheilt. Dagegen benutzen wir übermäßig Alkohol, Kaffee und Thee, welche recht eigentlich Sparmittel für den Organismus sind, indem sie den Stoffwechsel verlangsamen. Endlich sündigt wir zeitweilig gegen den Schlaf, diesen Spar- und Schatzmeister der Nervenkraft. Jedenfalls ist unsere Lebensweise entscheidend für das Lebensglück der Nachkommen. Die ererbte Nervenschwäche ist schon jetzt nur zu häufig und wird immer häufiger werden. Auf einer neuropathischen Konstitution beruht unter Anderm die barocke Originalität mancher Künstler und Schriftsteller der Neuzeit, deren Werke Beifall finden, weil die Mehrzahl ihrer Hörer ebenso pathologisch organisiert ist. Auch allerlei aufgeregte Köpfe, Welt-

Lokales.

„Wie spät ist es?“ „Dreiviertel auf neunzehn“ — so würde man sagen können, wenn die Zeittheilung von zweimal zwölf Stunden der Uhr in einmal vierundzwanzig Stunden vorgenommen würde. Eine bei Barnay und Lehmann in Dresden erschienene Broschüre befragt diese Aenderung. Eine Ueberdehler nach diesem System war mit Genehmigung der Reichstelegraphen-Verwaltung während der Dauer der internationalen Telegraphen-Konferenz zu Berlin im Versuchungsbüro ausgehängt. Diese Uhr ist gegenwärtig in der Uebersicht des Uhrmachers Bachaus, Friedrichstraße 57, Berlin, zu sehen.

r. Mächtige Rauch- und Feuerfäden sieht man jetzt häufig von den abgeernteten Kartoffelfeldern in der Umgebung aufsteigen, wo große Haufen trockener Kartoffelkraut in Brand gesteckt und so auf die einfachste Weise vernichtet werden; die zurückbleibende Asche wird wieder in den Boden eingestülpt und dient so zugleich als Düngemittel, dessen hohen Werth der Landmann zu schätzen weiß. Viele der Ackerbesitzer, die für das aufgetrocknete Kraut keine Verwendung haben, sparen so die Mühe des Abfahrens. Dabei ist es mehrfach namentlich auf der Feldmark des benachbarten Friedrichsfelde vorgekommen, daß solche Krautmieten von unbedeutender Hand in Brand gesteckt sind, wodurch andere Vorräthe, Feldfrüchte und auch wohl benachbarte Gebäude leicht in Gefahr kommen können. Ueberhaupt dürfte sich größere Vorsicht beim Abbrennen dieser Krautmieten empfehlen, dessen Zweckmäßigkeit allerdings insofern nicht zu verkennen ist, als dadurch die langsam wirkende Frühlings des Krautes verhindert und die damit verbundene übertriebene Ausdünstung desselben beseitigt wird.

g. Ein sensationeller Vorgang ereignete sich gestern Vormittag im Friedrich-Werderschen Gymnasium in der Dorothienstraße 13-14. Wie in den übrigen Lehranstalten, so fand auch im Friedrich-Werderschen Gymnasium die Vertheilung der Zeugnisse statt. Kaum hatte der Ordinarius, Oberlehrer Dr. Kallenberg, in der Ober-Tertia die Namen der Schüler dieser Klasse verlesen, welche nach der Sekunda versetzt werden, als ein Schuß im Zimmer fiel und der Sekunda in demselben anwesenden Schüler, der 15 Jahre alte S. zu Boden stürzte. Die Aufregung war begreiflicher Weise eine ungemein große. Alles lief zusammen, denn der Schuß war im ganzen Schulhause vernommen worden. S. gehörte zu jenen Schülern, welche nicht versetzt worden waren. Daß er hieron schon eine Abnung gehabt haben muß, beweist die geladene Schußwaffe, welche er mit in die Schule gebracht hatte. Den Lauf derselben hatte der jugendliche Selbstmörder direkt auf das Herz gerichtet, so daß auch die Augen scheinlich in dasselbe gedrungen war. Ein schnelligst herbeigerufener Arzt konnte nur noch den bereits eingetretenen Tod konstatiren. S. sah ein Jahr in der Ober-Tertia und befand sich hier in Pension.

g. Großes Aufsehen erregte vorgestern früh in der Krausnickstraße die polizeilich erfolgte Festnahme eines schon betagten Mannes wegen eines unerhörten Sittlichkeitsverbrechens. Der Mann wohnte in dem Hintergebäude eines Hauses der Krausnickstraße, ist verheiratet und Vater mehrerer Kinder.

Eine Ungarin, der deutschen Sprache nur wenig mächtig, befindet sich seit 8 Tagen in der Entbindungsanstalt der Charité. Dieselbe heißt Amalie Thoma und stammt aus Sopar in Ungarn. Sie will von ihrem Manne, einem Maschinenisten, verlassen sein und giebt an, aus Budapest hierher gekommen zu sein, um sich nach Amerika zu begeben. Auf Requisition der Besten Polizei wurde sie wegen eines Diebstahls von 1500 Gulden, den sie einräumt, auf dem Lehrter Bahnhof hier festgehalten, um nach ihrer bevorstehenden Entbindung ausgeliefert zu werden.

Polizeibericht. In der Nacht zum 29. v. M. wurde ein Stadtnachwächter in der Poppel-Allee plötzlich von fünf bisher noch nicht ermittelten Männern hinterhältig überfallen und, anscheinend mit Schläffeln, am Kopfe derartig verletzt, daß er besinnungslos zu Boden fiel. Nachdem ihm auf der nächsten Sanitätswoche ein Verband angelegt worden war, wurde er nach seiner Wohnung gebracht. — Am 29. v. M. Mittags blieb der Wagenreiner Koblhoff, als er auf dem Schlesischen Güterbahnhof zwischen zwei Güterwagen hindurchschritt, mit dem Stiefelabsatz an einer Schiene hängen, fiel dabei zur Erde und brach den rechten Unterschenkel. Er wurde nach Belhantien gebracht. — Einige Zeit später fiel der Rutscher Klingbeil in der Potsdamerstraße beim Umwenden mit seinem Geschäftswagen von diesem herab und erlitt dabei eine Gehirnerschütterung, so daß er nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht werden

verbesserer, Schwärmer und Phantasten auf den verschiedensten Gebieten des sozialen Lebens gehen aus dieser Kategorie hervor. Die moderne Schule trägt mit Schuld an dieser abnormen Entwicklung. Knaben und Mädchen werden zu sehr angestrengt, während sie andererseits zu früh alle Verführungen der Welt kennen lernen. Namentlich bei den besseren Klassen zwingt man auch die schwächer begabten Kinder, mit den übrigen Schritt zu halten, so daß sie sich aufreiben und nervenkrank werden. Ähnlich ist die Mädchen-erziehung, und es ist daher nicht zu verwundern, daß nach der Versicherung der Statistiker 75 Prozent der Ehen unglücklich ausfallen. Ueber das Kapitel der geistigen Ueberanstrengung schreibt Krafft-Ebing, auf Grund seiner reichen Erfahrung, besonders Beherzigenswerthes. Er weist zum Beispiel nach, wie das Weib in der ihm aufgezwungenen oder auch von ihm in sogenannten „Emanzipations“-Drang ertritten Konkurrenz mit dem Manne nur zu häufig zu Grunde geht. Erst im Laufe von Generationen könnte das Gehirn des Weibes die nötige aktuelle Leistungsfähigkeit gewinnen, um diesen Kampf mit Erfolg zu führen. Nur ganz vereinzelt, ungewöhnlich stark und günstig veranlagte weibliche Individuen gehen daran nicht zu Grunde. Aber „die Zahl der Besiegten und Toten ist ganz enorm“. Weibliche Beamte, speziell Buchhalter, Kontoristen, Telegraphisten, Postbeamte, ganz besonders aber Lehrerinnen leiden überaus häufig an recht schweren Formen von Nervenkrankheiten und Nervenschwäche. Kaum den Kinderschuhen entwachsen, mitten in der körperlichen Entwicklungsperiode, müssen die Lehramtskandidatinnen in unverhältnismäßig kurzer Zeit nahezu ebensoviel Vernunft bewältigen, als ein dem Gelehrtenstand sich widmender junger Mann, der doch kaum vor dem 18. Jahre sich einem Berufsstudium zuwendet. Nicht selten geschieht es, daß solche junge Lehrerinnen sofort nach abgelegter Befähigungsprüfung erschöpft zusammenbrechen und schweren Nervenleiden anheimfallen. Zu den „Ungeheuerlichkeiten“ unseres modernen Kulturlebens“ gehört es auch, daß jedes Kind aus besserer

musste. — An demselben Nachmittage fiel der Arbeiter Wittsch in Moabit beim Absteigen von einem in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagen zu Erde und erlitt dabei eine ansehnliche schwere Verletzung am Hinterkopf, so daß er mittelst Droschke nach seiner Wohnung gebracht werden mußte. — An demselben Tage Abends entfiel in der Trodenkammer der Quisfabrik, Wassergasse Nr. 30, wahrscheinlich durch Ueberheizen des Trodenofens, Feuer, durch welches ein Theil des Dachstuhls zerstört und die Thätigkeit der Feuerwehr auf eine Stunde in Anspruch genommen wurde.

Gerichts-Zeitung.

Prozeß Graef.

Dritter Verhandlungstag.

Bei Beginn der Sitzung theilt Staatsanwalt Heinemann mit, daß gestern der Angeklagte Bertha Kother auf dem Gange nach dem Untersuchungsgefängnis ein Rosenbouquet zugefickt worden sei. Er müsse dies als durchaus ungebührlich bezeichnen und bitte den Vorsitzenden, Anordnungen zu treffen, um eine Wiederholung solcher Zwischenfälle zu vermeiden. Der Vorsitzende ordnet in Folge dessen eine schärfere Bewachung an.

Die Beweiserhebung wird mit der Verlesung der verschiedenen Briefe und Korrespondenzen begonnen, welche sich auf den Hammermann'schen Fall beziehen. Da sind zunächst zwei ganz übereinstimmende Briefe an die Professoren Kreyßmer und Graef, in welchen Hammermann dieselben flehentlich bittet, ihre Beihilfe zur Abfassung eines Gnadengesuchs zu gewähren. Die Briefe sind in überaus überschwänglichen, phantastischen und affektirten Worten abgefaßt und bitten, unter lebhafter Schilderung des Elends, welches bei der Hammermann'schen Familie eingezogen sei, tausendmal um Entschuldigung für das Ungemach, welches Helene den beiden Professoren bereitet habe. Das Mädchen sei von Gewissensbissen gequält und gepeinigt und bereue tief die Lügen, die sie sich ausgedacht. Der Schreiber bittet die „lieben guten Herren“, die „hochverehrten Herren Professoren“, die „hochverehrten, hochgestellten, hoffähigen Herren“ doch bei einem Gnadengesuch an den lieben guten Kaiser mitzuwirken und dem „Ahrem Wohlwollen in banger Erwartung entgegensehenden“ Schreiber baldigst Bescheid zu schreiben. — Es folgen zwei Briefe, welche Helene Hammermann an die beiden Professoren gerichtet hat. Dieselben sind voll rhetorischen Schwunges und sehen gar nicht so aus, als ob sie ein dreizehnjähriges Mädchen geschrieben haben könnten. Sie beginnen mit dem Spruch: „Ein gut Gewissen ist ein sanftes Kuckelstirn“ und dann reihen sich die schwülstigsten Phrasen an einander: „Was wir in schmerzlicher Arbeit erworben, ist schon um Theil verloren gegangen, das Uebrige wird wohl der Gerichtsollkühler für die Gerichtslosen abholen.“ „Wei trocken die heißen Thränen, der heilt den großen Seelenschmerz meiner lieben, lieben Eltern“, „bald habe ich meinen herrlichen Glauben an den lieben, guten Gott verloren“, „wenn Sie diesen Brief verbrennen, verbrennen Sie meine Thränen mit.“ — Die Verlesung dieser Briefe übt auf die Thränenröhren der Familie einen mächtigen Einfluß aus und die Mitslieder der Familie halten wiederholt das Taschentuch vor die Augen. Auf den Präsidenten dagegen üben die Briefe einen ganz anderen Eindruck aus, denn derselbe inquirirt das Mädchen recht eindringlich, ob sie denn wirklich solche Briefe allein geschrieben hat? — Helene K. erwidert: „Ich habe so geschrieben, wie mir's ums Herz war, ganz allein und in der Nacht.“ — Auch der Vater Hammermann bestreitet, seiner Tochter bei den Briefen geholfen zu haben. Prof. Graef schreibt unterm 13. Juni 1883, daß er gern dazu bereit sei, das Gnadengesuch zu unterstützen, wenn es in seiner Macht liege, da er das Unglück der Familie nicht wolle. Unter dem 19. Juni erhält dagegen Graef einen Brief von Hammermann, der keineswegs mehr so freundlich lautet, sondern schon versteckte Drohungen enthält. Hammermann schreibt darin, daß er viel Neues über das Verhältnis Graef's zu Bertha Kother erfahren habe, was die Erwägung nahe lege, ob man nicht anstatt eines Gnadengesuchs ein Wiederaufnahme-Verfahren inzieniren wolle. Dieser Brief schließt: „Sie sagen, Sie wollen unter Unglück nicht, nun, ich will das Ihrige auch nicht.“ Zeuge Hammermann meint, daß er eine Drohung damit nicht habe aussprechen wollen. — Ende Juni wurde Frau Hammermann wegen Krankheit ihres Kindes aus der Haft entlassen; sie benutzte sofort die Freiheit, um in einem langen Schreiben den Eindruck des letzten Briefes ihres Mannes an Prof. Gr. zu verwechseln, um das Uebel der Gefangenschaft in den schreiendsten Farben zu schildern und — um eine Summe Geldes zu bitten, um nach Amerika auszuwandern zu können. Der Brief schließt: „Verfluchen Sie mich nicht und erinnern Sie sich meiner, der liebe Gott wird es Ihnen lohnen.“ — Präsi.: Wie kamen Sie denn dazu, diesen Brief an den Mann zu schreiben, dessenwegen Sie verurtheilt worden sind? — Frau K.: Ich dachte, ich würde sein Gewissen so rühren können, daß er sich zur Hilfe bereit erklärt. — Präsi.: Warum haben Sie sich denn nicht an Prof. Kreyßmer mit Ihrer Bitte gewandt? — Frau K.: Der war mir zu grob gekommen. — Präsi.: Sie meinen also, Professor Graef hätte ein weicherer Herz? — Zeugin: Ja wohl. — Mit dem Gelde, welches zur Reise nach Amerika begehrt wurde, entwickelt sich nun

eine Komödie der Irrungen und es scheint fast, als hätte Frau Hammermann immer die Wege zwischen Prof. Graef und Prof. Thumann gemacht und hat dann jedem der Beiden das berichtet, was in ihrem Interesse lag. — Angell Graef: Die Frau hat von mir direkt 1000 Mark verlangt. Ich habe ihr erklärt, daß ich am wenigsten in der Lage sei, ihr das Geld zu geben und meinte, daß sie sich doch an die Herren wenden solle, bei denen ihre Tochter Modell gestanden. Dabei ist wohl unter anderen der Name des Prof. Thumann gefallen. Frau K. hat dies aufgegriffen und auch schleunigst sich an Professor Thumann gewandt. — Zeuge Prof. Thumann: Am 5. Juli kam Frau K. zu mir und sagte, Herr Prof. „Schide sie“ und ließe sagen, ich möchte ihr doch unter meinem Namen das Geld nach Amerika senden. Natürlich weigerte ich mich, indem ich sagte, daß so etwas doch höchst eigentümlich sein würde und da ich in jenem Prozeße als Zeuge fungirte, auf mich ein falsches Licht werfen würde. Wenn Prof. Graef etwas von mir wünscht — so sagte ich der Frau — dann wundert es mich, daß er Sie herbeiführt und sich nicht direkt an mich wendet. — Prof. Graef: Die Frau hat mir immer gesagt, Herr Prof. Thumann wolle ihr das Geld geben und Herrn Thumann hat sie von mir dasselbe gesagt. — Thatsächlich scheint dann Frau K. wieder zu Graef gegangen zu sein und ihm gesagt zu haben, daß Thumann das Geld geben wolle, wenn Graef ihn zuvor besuchte. Graef hat sich dann bei Prof. Thumann angemeldet und trat bei Professor Thumann mit den Worten in die Stube: Also Sie wollen der Familie Hammermann das Reisegeld nach Amerika geben? Als Prof. Thumann seine Verwunderung über diese Zumuthung ausgesprochen, drach Prof. Graef ein weiteres Eingehen auf dieses Thema mit den Worten ab: „Also wieder Schwindel! Alles Schwindel! In der Korrespondenz folgt dann ein Brief des in Bildungen schwer krank darnieder liegenden Prof. Kreyßmer an Graef, weil ihm Hammermann mitgetheilt hatte, daß Graef geneigt sei, ein Begnadigungsgesuch zu unterstützen. Prof. Kreyßmer schreibt darin, daß er dies nur widerwillig thun und der Sache ruhig ihren Lauf lassen möchte, aber „der überlegenen Einsicht seines Freundes“ sich anschließe. — Dann wandte sich Hammermann wieder einmal an Graef mit der Bitte um Hilfe, indem er sich auf die Bereitwilligkeit des Professors Thumann berief, „sekundäre Dillse“ zu leisten. Ein ganzes Reg von Briefen und Anschreiben des Hammermann spannt sich dann um die beiden Prof. Kreyßmer und Graef, um dieselben zu bewegen, das Reisegeld nach Amerika zu geben. Diese sämtlichen Briefe sind voll der schwülstigsten Phrasen und es ahmet aus ihnen der Duft einer gekünstelten Diebermeierei, doch haben sie eine gewisse Abwechslung in der Abtönung, denn wenn der eine Brief so devot wie möglich war, enthält der nächste immer eine versteckte Drohung. — In einem langen Schreiben vom 1. August bittet K. den Prof. Kreyßmer um ein Darlehen von einigen Hundert Mark. „Bitte, bitte — so heißt es darin — lassen Sie uns nicht den Wehmuths-Becher bis zur Reize leeren, sondern füllen Sie und einen kühlen Becher mit erfrischenden Lebensgeistern.“ Es scheint fast, als wenn Herr Hammermann seine Briefe hektographirt hätte, denn jedesmal, wenn der eine Professor einen solchen erhalten hatte, langte auch bei dem andern ein Brief mit genau denselben Phrasen an. — Einem Schreiben an Graef vom 1. August ist der Passus angehängt, daß die Anna Kother eigentlich schon im Termin am 6. Juni wegen Meineids hätte verhaftet werden können. In diesem Briefe ist auch von der bestimmten Summe von 1000 M. die Rede. — Präsi.: Wie kommt es denn, Zeuge Hammermann, daß Sie nun wieder diesen Brief plötzlich in einem so bitteren Tone abgefaßt haben? — Zeuge K.: Der Rechtsanwalt Bernstein hatte mir gerathen, nicht so schroff aufzutreten. Er meinte, ich solle mir die beiden Herren nur zu Freunden halten, denn es sei nicht so leicht, jemand meineidig zu machen. — Am 3. September erhalten beide Professoren wieder ganz gleiche Briefe, welche eine im Wortlaute vorgeschriebene eidesstattliche Versicherung enthielten, wonach beide Herren erklären sollten: „Sie hätten s. J. bei dem Besuche der Frau Hammermann die Ansicht gehabt, daß dieselbe im guten Glauben gehandelt habe.“ — Präsi.: Wie kamen Sie denn wieder zu dieser Manipulation? — Zeuge K.: Da es mit der Auswanderung nach Amerika nichts geworden war, so wollte ich auf Grund einer solchen Erklärung durch den Rechtsanwalt Sello, an welchen ich mich gewandt hatte, versuchen, die Wiederaufnahme durchzusetzen. Graef wandte sich deshalb an den Justizrath Simson und da dieser verweigerte, vertrittete er den Hammermann auf einige Zeit. Vierzehn Tage später wiederholt letzterer sein Gesuch und die Erklärung und am 30. September kommt er in einem Briefe an Professor Graef wieder auf das Gnadengesuch als einziges Rettungsmittel zurück und bittet um eine dazu nötige Erklärung. — Graef verweigerte seinerseits die Annahme des Briefes, Herr Hammermann wußte aber ein Ausfallsmittel. Er ging zu seinem Rechtsbeistand Dr. Bernstein, wußte denselben ein Kowert mit Firma zu entlocken und sandte unter dieser Enveloppe seinen Brief an Graef. — Nunmehr theilte Professor Graef dem Hammermann mit, daß er noch Rücksprache mit seinem Rechtsbeistand die gewünschte Erklärung nicht abgeben könne. Halte Rechtsanwalt Dr. Sello eine solche für unumgänglich, so bäte er um dessen eigenes Verwenden. Rechtsanwalt Sello lehnte

ab, aber wohlgerne: ohne Korrespondenzen, Börsendepeschen und dergleichen. Selbst das Schach sollte gemieden werden, da ein großer Theil der Schachvirtuosen nervenkrank wird. Endlich sei noch der verdrehtesten unserer Nervenleiden gedacht, der sogenannten „Nervenschwäche“ (Nervosität), die „so recht als eine moderne und Kulturkrankheit dasiehet“. Beard meinte, sie sei eine spezifisch amerikanische Krankheit, und in der That sind ihre schwersten Formen drüben zu Hause, aber leider wimmelt es auch bei uns von Neurosenkrankeu jeder Schattirung und davon weiß besonders Krafft-Ebing ein Lied zu singen, dessen Rath speziell von diesen Kranken aus der ganzen Welt aufgesucht wird, so daß er Gray zu einem Wallfahrtsort für dieselben gemacht hat. In den mannigfaltigen Formen tritt dieses Leiden auf, welches darauf beruht, daß „im Nervenleben die Bilanz zwischen Produktion und Verbrauch von Nervenkraft nicht mehr herzustellen ist“. Es befallt bald die Kopfnerven, bald die Rückenmarksnerven, bald die Herz- oder Magennerven und bildet das dankbarste Gebiet für ärztliche Schwindler jeder Art, welche diese Kranken in gewissenloser Weise ausbeuten. Dazin gehören auch jene spezifischen Furchtersehnungen, Furcht vor Irrsinn, Schlagfluß ic., Furcht vor geschlossenen Räumen, in die der Kranke sich nur wagt, wenn er seinen Rückzug gesichert weiß, Furcht im Theater (wegen Brand, Deckeneinsturz ic.), Furcht im Postwagen oder Eisenbahnkutsche zu fahren, Furcht vor Verunreinigung u. s. w. Sehr häufig ist die sogenannte Blasfurcht, bei welcher der Kranke unfähig ist, eine menschenleere Straße oder einen weiten Platz allein zu überschreiten, und wenn er es doch zwingen will, thatsächlich in eine hilflose Situation geräth. Andere Kranke fürchten das Erröthen oder Erblaffen im Gespräch mit andern Leuten, oder beim Anblick von Waffen die Versuchung, sich oder Andere zu tödten, oder in der Kirche die Sucht, gotteslästerliche Worte auszusprechen, oder auf einem Thurm den Drang, sich hinabzuwerfen u. s. w. Auch Hypochondrie und Hysterie sind Blüthen dieser spezifischen Zeitkrankheit.

jedoch jede Beheiligung an dieser Sache ab. Dafür wandte sich nun Rechtsanwalt Bernstein an Prof. Graef um seine Mitwirkung bei dem Gnadengesuch, dieser aber antwortete, daß Hammermann sich zuletzt so betragen habe, daß er ein solches Gesuch nicht mehr zu befürworten in der Lage sei. — Graef erklärte dies dahin, daß sich Hammermann höchst ungebührlich benommen habe. — Zeuge K.: Das ist eine ganz infame Lüge! — Präsi.: Na, na, nur ruhig! Das ist eben auch ungebührlich. Was war mit Prof. Graef vorgefallen? — Zeuge K.: Ich hatte Herrn Prof. Graef gebeten, doch endlich in dieser Sache etwas zu thun und angedeutet, daß ich ihn doch schon längst hätte meineidig machen können. — Angell Prof. Graef: Meine Frau hatte in meiner Krankheit einen Brief von K. erhalten, der so ungebührlich war, daß sie ihn sofort zerrissen hat. — Zeuge K.: Der Brief ist nicht vorhanden? So! So! — Präsi.: Zeuge, benehmen Sie sich hier so, wie es sich bei einer so ernsten Sache gebührt. Sie haben sich schon zweimal wider die Schicklichkeit vergangen; sollte dies noch einmal vorkommen, dann würden wir Sie in Strafe nehmen müssen. — In der Verlesung folgt dann die nach dem Diktat des Vaters von Helene K. geschriebene Erklärung, daß alle ihre Beschwörungen gegen die beiden Professoren zu dem Zwecke erfinden seien, um von dem Modellstehen los zu kommen und sich der „so sehr geliebten“ Schneiderei zuzuwenden zu können. Auch die gefälschte Erklärung der Franziska Lehmann wird verlesen. — Präsi.: Zeuge Hammermann, bielten Sie diese Manipulation mit falschen Erklärungen für ein ganz anständiges Verfahren? — Zeuge K.: Das gerade nicht, aber es blieb mir nichts übrig, wenn ich meine Frau retten wollte. Außerdem war die Franziska ja noch nicht 15 Jahre alt, sie konnte also schwerlich bestraft werden. — Präsi.: Nun, das wäre traurig, wenn man in allen solchen Fällen immer etwas Unmögliches unternehmen dürfte.

Als die Verhandlungen wieder aufgenommen werden, bemerkt der Vorsitzende: Es sind wieder die größtenteils Ungehörigkeiten bei Vorführung der Angeklagten vorgekommen; ich werde an die Polizei die Bitte richten, uns die nöthigen Schutzmannschaften zu gewähren, damit derartige Ungehörigkeiten unmöglich sind.

Es folgt nun der Theil der Anklage, in welchem es sich darum handelt, ob Prof. Graef mit der Bertha Kother ein Verhältnis gehabt hat. Erster Zeuge ist der Rutscher Lehmann. Derselbe deponirt: Ich war Modell beim Bildhauer Brunow, wo der Vater der Kother Modelldiener war. Da hat er mir erzählt, daß seine Tochter Bertha vom Prof. Graef ausgehalten werde. Graef habe auch seiner Frau ein Geschäft eingerichtet, während man ihn selbst hinausgeworfen habe. Eines Tages, als ich Bierfabrik in der Habel'schen Brauerei war, kam Hammermann an mich heran und fragte mich, ob ich nicht wüßte, daß die Bertha mit Prof. Gr. ein Verhältnis gehabt habe. Ich theilte ihm nun mit, was mir der Vater Kother erzählt hatte. Als ich später dem Vater Kother mittheilte, daß in dem Termin vom 6. Juni sowohl die Anna Kother, als auch Prof. Graef von einem Verhältnis des letztern mit Bertha Kother nichts wissen wollten, habe der Vater Kother gesagt: Dies sei falsch und er begreife nicht, wie die Anna so etwas beschwören könne, denn sie liege doch den ganzen Tag bei der Bertha. — Die Angell Bertha Kother läßt den Zeugen darüber befragen, ob er seine Aussage ohne Groll und Haß abgegeben habe, was dieser bejaht. — Präsi.: Was verstehen Sie unter „Aushalten“, „Verhältnis“? Meinen Sie daß ein ganz inniger Verkehr stattgefunden und dafür der Angeklagte Graef die Kosten des Unterhaltes bestritten hat?

Als hierauf der Vater Kother als Zeuge den Saal betritt, liegt ein heiteres Lächeln über das Gesicht der Anna Kother, was dem Präsidenten zu einer eindringlichen Rüge Veranlassung giebt. Er müsse sich ein derartiges unpassendes Verhalten energisch verbitten. Ihm sei derartiges uneheliches Verhalten, wie es die beiden Angeklagten Kother zeigen, vor Gericht noch nicht vorgekommen. — Der Vater Kother macht hierauf von dem Rechte der Zeugniserweiterung Gebrauch. — Der Modellstecher Weber bekundet unter anderen Aeltergerüchten und Modell Erzählungen auch die, daß die Angeklagte Frau Kother eines Tages sich damit gerührt habe, sie könne sich sehr leicht von Prof. Graef 90 M. holen, denn wenn er nicht geben wolle, brauche sie nur damit zu drohen, der Frau Professor über das Verhältnis mit Bertha Nachricht zu geben. — Anna Kother bestreitet, je so etwas gesagt zu haben. — Der Bildhauer Bruno und Vater Louis wissen aus ganz unbestimmten Gerüchten, die unter Künstlern und Modellstechern zirkulirten, daß Prof. Graef irgend ein Verhältnis mit Bertha Kother habe. — Die Blätterin sep. Beeslow wohnt seit drei Jahren mit dem Vater Kother zusammen und ist bei der Bertha Auwmäterin gewesen, als diese die Wohnung in der Brigwallstraße inne hatte. Letztere war auf den Namen des Kother gemietet. — Präsi.: Warum war denn das geschehen, Bertha Kother? — Angell: Ich that es, weil ich meinen Vater etwas vom Trunke abgewöhnen wollte. — Präsi.: Um diese Absicht zu erreichen, brauchten sie doch nicht Ihre Wohnung auf den Namen Ihres Vaters zu mieten. — Angeklagte Bertha Kother: Allerdings, Herr Präsident, aber ich kann keine Erklärung weiter dafür geben. Mein Vater hat oft Wochen lang Tag und Nacht bei mir gewohnt. — Präsi.: Zeugin Beeslow, hat Ihnen Kother davon erzählt, daß Professor Graef mit der Bertha K. ein Verhältnis habe. — Zeugin Beeslow: Nein; er hat mir nur gesagt, daß seine Frau vom Prof. Graef Geld auf Wechsel bekomme. Von seinen Kindern und den Verhältnissen der Bertha hat er mir nie etwas erzählt. Er war meistens betrunken und in diesem Zustande pflegte er mehr zu sagen, als er verantworten konnte. Trotz der Warnung seitens des Präsidenten vor dem Meineide verbleibt die Zeugin bei ihrer Aussage. — Der Zeuge Künstler hat den Vater Kother nur hin und wieder über seine Familie sprechen hören, weiß aber nicht mehr Genaueres davon und entschuldigt sich mit Gedächtnisschwäche. — Die Schneiderin Anna Arkel, eine kleine seltene junge Dame, welche ihre Aussagen immer schnell und ohne Besinnen herausstößt, soll über die Verhältnisse in dem Kother'schen Hause vernommen werden. Sie hat die Bertha Kother in einem Theaterverein kennen gelernt und später für die Familie Kother in der Wohnung derselben gewohnt. Nach ihrer Schilderung muß der Hausstand ein ganz ausgebreiteter gewesen sein, denn außer der Frau Kother und ihren Töchtern hat dort noch ein Geschäftsführer Thlow, ein Dienstmädchen und eine unverheh. Marie Keine gewohnt. Trotz ihres vielfachen Aufenthalts daseibst kann die Zeugin über die Vorgänge in der Kother'schen Wohnung nicht viel sagen. Sie meint, weil sie ihre reichliche Arbeit gehabt habe. Den Graef habe sie einmal dort getroffen, sie habe auch einmal so nebenbei vernommen, daß Bertha Kother ein Verhältnis mit dem Prof. Graef habe, doch habe sie sich nicht darum gekümmert, weil die Geschichte sie nicht interessirte. Frau Kother habe ihr gesagt, daß Prof. Graef aus ihrer Tochter ein ordentliches Mädchen machen wolle und dieselbe ausbilden lasse. In der Brigwallstraße hat die Zeugin 6 Wochen lang bei Bertha K. gewohnt, sonst wohnte Niemand dort. Der Vater Kother sei täglich dorthin gekommen, niemals aber Prof. Graef. Das Geld zu der Wohnung und ihrem Unterhalt habe sie von einem Referendar erhalten, der von da ab ihr „reguläres Verhältnis“ bildete. — Präsi.: Was hat die Bertha K. nun dort eigentlich getrieben? — Zeugin: Sie hat die Wohnung eingerichtet. — Präsi.: Und das dauerte 6 Wochen lang? — Zeugin: Es war ja ein ganz neues Haus und wir hatten Alles neu einzurichten. — Staatsanwalt Heinemann: Ist in der Brigwallstraße Hazard gespielt worden? Wissen Sie, was das ist? — Zeugin: Nein! — Staatsanwalt Heinemann: Ist dort Karten gespielt worden? — Zeugin: Zu meiner Zeit nie. — Staatsanwalt: Ist nicht der junge Mann, welcher mit der Bertha nun das

Verhältnis hatte, einmal bewußlos aus der Wohnung herausgetragen worden? — Zeugin: Nein, davon weiß ich nichts. — Die nächste Zeugin, keine verheiratete Frau ist die Schwester der beiden angeklagten Mädchen und verweigert ihr Zeugnis. — Eine interessante Schilderung von der Bertha Kother entwirft der als Zeuge vernommene Referendar Rosenstock. Derselbe war bei dem Rechtsanwalt Munde beschäftigt, als Hammermann sich eines Tages bei ihm einfand und ihn bat, die Vertretung seiner Frau zu übernehmen. Er habe dies ablehnen müssen, als er hörte, daß es sich um eine Sache gegen die Professoren Graef und Kresschmer handelte. Der Zeuge ist nämlich mit der Familie des Prof. Graef freundschaftlich verbunden und erklärt, daß er Herrn Graef verehrt habe. Er erklärt, daß er auch die Bertha Kother gelegentlich kennen gelernt habe. Prof. Graef habe damals gerade an einem Bilde, welches eine polnische Gräfin darstellte, gearbeitet und habe eines Tages erklärt, daß er ein sehr gutes Modell gefunden habe, welches er zu den Augen der polnischen Gräfin benutzte. Dieses Modell sei die Bertha Kother gewesen. Bertha Kother war, wie ich später sah, unter meinen Freunden nicht unbekannt. Sie ist ein eigentümlicher Charakter, nach meiner Auffassung ist sie ehrgeizig, ohne Energie, sie thut, als ob sie große Dinge erstreben wolle, und wenn man den Sachen auf den Grund ging, dann merkte man, daß Alles nur Schein war. So verhielt sie namentlich gern mit großen Theater-Engagements. Ich habe verschiedene Beweise dafür, daß sie gerade denjenigen, denen sie näher bekannt war und denen sie am meisten imponieren wollte, aus Berechnung am wenigsten gewährte. Ich habe auch Gelegenheit genommen, Bertha Kother selbst wegen ihres Verhältnisses zu Prof. Graef zu befragen, von welchem man in meinen Freundeskreisen sprach. Sie hat darauf geantwortet: Sie wissen ja, daß ich Modell bin, er hat mich ausbilden lassen, sonst hat er aber keine Beziehungen zu mir.“ Nach der Ueberzeugung des Zeugen kann Prof. Graef die Bertha Kother frühestens im Frühjahr 1878 kennen gelernt haben, denn noch Anfangs 1878 suchte Prof. Graef für sein Gemälde „Felicie“ und für das Portrait der polnischen Gräfin ein Modell und zu letzterem hat Bertha K. zum ersten Male Modell gestanden. — Prof. Graef bestätigt diese Angaben als zutreffend.

Ueberaus gravierend ist das Zeugnis der verehel. Siefert, welche bei der Kother'schen Familie wohnte, derselben aber nicht sehr freundschaftlich gesinnt zu sein scheint. Daffir spricht eine Postkarte, welche sie an Hammermann gerichtet hat, um unter besten Grüßen an dessen Familie ihn aufzufordern, daß er doch schleunigst vorgehen möge, denn es sei höchste Zeit, weil die Anna Kother nach England und die Bertha Kother nach Amerika gehen wolle! Im Uebrigen macht sie ihre Aussagen außerordentlich präzis und ruhig. Sie schildert eine Streitszene in der Kother'schen Küche, bei welcher es zu heftigen Schimpfereien zwischen Bertha und Anna sowie deren Mutter gekommen ist. Zeugin behauptet, daß sie den Streit von ihrem neben liegenden Zimmer aus Wort für Wort mit angehört habe, ebenso eine Unterhaltung, welche Prof. Graef mit Frau Kother gehabt hat. Bei letzterer habe Prof. Graef gesagt: „Ich kann kein festes Verhältniß mehr eingehen, denn das mit Bertha hat mich fast ruiniert.“ — Angell. Graef: Ich bestreite diesen Wortlaut. Ich weiß ganz gut, was die Zeugin meint. Frau Kother hatte gewünscht, daß ich ihre Tochter Elisabeth zum Modellstehen fest engagieren möchte und darauf habe ich ihr geantwortet, daß ich ein festes Verhältniß überhaupt nicht mehr eingehen. Entweder hat die Zeugin nur gehört, was sie im Hammermann'schen Interesse hören wollte, oder sie kann sich unter einem „Verhältniß“ überhaupt nur ein schmutziges vorstellen. — Präsident: Zeugin Siefert, was haben Sie bei dem Hant zwischen den Schwestern und der Mutter gehört? — Zeugin: Ich hörte, daß Bertha zu ihrer Mutter sagte: „Du alte S. ich werde Dich wegen Kupperei an den Galgen bringen!“ Dann haben sie sich geschlagen. Dann rief die Anna der Bertha das Schimpfwort „Professoren-S.“ zu, worauf Bertha ausrief: „Sie nennt mich Professoren-S.“ und hat selbst einen Meineid geschworen.“ — Bertha Kother: Das ist absolut nicht wahr. Es ist richtig, daß meine Schwester Anna mir jenes Schimpfwort entgegen geschleudert hat, das weitere ist aber nicht richtig. Ich habe gesagt: Wenn ich das wäre, als was Du mich ausdreist, dann hättest Du ja einen Meineid geleistet. — Die Zeugin bleibt bei der von ihr gegebenen Version, während Bertha Kother, ganz in Gegensatz zu ihrer sonstigen Schweigsamkeit Theorie sehr geläufig erklärt: Was die Zeugin erklärt, ist nicht wahr. Ich hatte das Schimpfwort vor Bertha gesagt, und darauf hat sie geantwortet: Wenn ich das wäre, dann hättest Du ja einen Meineid geleistet. — Prä. : Sehen Sie mal an, jetzt können Sie mit einem Male reden. Während Sie sonst immer bloß sagen: „Das weiß ich nicht mehr!“ erinnern Sie sich doch jetzt plötzlich der Dinge ganz genau. — Anna Kother: Ich weiß auch nicht mehr Alles, aber das weiß ich noch. — Prä. : Es ist doch auffallend, daß Sie, die Sie behaupten, schwachsinzig zu sein, jetzt sogar den scharfen Unterschied zwischen einer hypothetischen und einer positiven Aussage herausfinden. — Anna Kother (weinerlich): Ich habe aber keinen Meineid geschworen. — Prä. : Kommen Sie mir nicht plötzlich wieder mit solchen Dingen. Auf Wunsch des Staatsanwalts wird der mit der Observation der Anna K. betraute Geh. Rath Liman, der sich gerade vor diesem charakteristischen Frage- und Antwortspiel einen Augenblick entfernt hatte, herbeigeholt, um bei der weiteren Entwicklung der Dinge zuzugehen. — Prä. : Wie sind Sie denn zu jenem Schimpfwort gekommen und was wollten Sie damit sagen? — Anna K. : Das weiß ich nicht mehr. — Prä. : Wissen Sie denn, was ein Professor ist? — Angell. : Ja. — Prä. : Sie wissen doch wohl auch, was ein Mädchen ist, welches man mit jenem Schimpfwort bezeichnet? — Angell. : Ja. — Prä. : Wieso kamen Sie nun also zu einer Konnotation des Professors mit jenem Schimpfwort? — Angell. : Das weiß ich nicht mehr. — Während dieses Verhörs hat Bertha K. jede Frage des Präsidenten mit einem Kopfschütteln oder überlegenem Lächeln begleitet. Endlich reißt dem Präsidenten die Geduld und er weist die Bertha in die ihr gebührenden Schranken zurück, indem er sich ein derartiges Aechzen und jede Geheh als durchaus unschicklich verbietet. Bertha K. will sich verteidigen, der Präsident läßt sie aber abführen und instruiert den Boten nachdrücklich, dafür zu sorgen, daß auf dem Korridor keinerlei Ungehörigkeiten vorkommen. — Auf Antrag des Staatsanwalts verliest sodann der Präsident die ersten gerichtlichen Protokolle, die über die Vernehmung der Anna Kother vor dem Untersuchungsrichter aufgenommen worden sind. Bei dem ersten hat dieselbe nach allen Richtungen hin ein Beständnig abgelegt und ausführlich erzählt, wie sie von Graef und ihrer Schwester Bertha bestimmt und schließlich bestimmt worden sei, einen Meineid zu leisten und bei der zweiten Vernehmung hat sie einen Fall erzählt, wo ihre Schwester Bertha, als sie dieselbe um etwas Geld hat, gesagt haben soll: „Geh doch zu Prof. Graef; mit dem habe ich ein Verhältniß und deshalb wird derselbe Dir gewiß Geld geben.“ — Geh. Rath Liman: Ich würde es zu meiner Orientierung für wünschenswert halten, wenn die Angeklagte nun aufgefordert würde, das was sie eben aus ihren Protokollen als ihre Aussage vorgelesen worden ist, einmal mündlich zu wiederholen. — Anna K. (einfallend und in fast heftigem Ton): „Das kann ich nicht, das kann ich nicht!“ — Präsident und Verteidigung halten es für rathsam, zunächst den Untersuchungsrichter und halten bei der Vernehmung fungirenden Referendar darüber zu hören, wie sich Anna K. bei der Abgabe ihrer damaligen Aussagen geäußert hat. Als der Vorhänge weiter die Angeklagte Anna K. betragen will, bricht dieselbe in Folge der Erregung bei dieser etwas heftigen Scene in Weinen aus und der Vor-

stehende hält es für angezeigt, um 4 Uhr die Sitzung zu schließen. Als Gäste wohnten derselben zwei Räte aus dem Justizministerium und der frühere erste Staatsanwalt, jetzige Senatspräsident Tessendorf bei.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Der Wochen-Etat einer Tuchmachergesellen-Familie von 7 Personen in Spremberg (N.-L.) Aus genanntem Ort schreibt uns die Frau eines Tuchmacher-Gesellen: „Mein Mann verdient die Woche durchschnittlich bei fleißiger Arbeit von früh 6 Uhr bis Abends 7 Uhr 9 Mark. Ich verdiene neben der Wartung von fünf Kindern durch Waschen und Plätten durchschnittlich M. 1.50. Die 15 jährige Tochter verdient mit ein Kostgeld von 3 M., das macht in Summa M. 13.50. Davon sollen nun während der Woche 7 Personen Essen, Trinken, Kleidung, Steuern, Miete und Krankenlaffen-Beiträge zahlen. Ich laufe für die Woche:

	M.	Pf.
1/2 Pfd. gebr. Kaffee	—	25
Richorien	—	10
Kaffeeschl.	—	30
Zucker	—	19
Brotmehl II. Sorte	3	—
Bodmehl	—	20
Sonntagsfleisch 1 Pfd.	—	60
für die Woche auf 4 Tage	—	80
für 2 Tage für Talg	—	20
für 2 Pfd. Butter	2	50
Salz	—	15
Seife	—	10
Soda	—	5
Petroleum	—	13
für Weiswaa	—	40
Leinöl zu Kartoffeln	—	20
Seringe	—	15
Reis	—	13
Rohrbrühen und Kohlrüben	—	10
Kartoffeln	—	80
Feuerung für die Wohnung	—	70
Wohnungsgeld pro Woche	1	25
Schulgeld für 3 Kinder	—	40
Kommunalsteuer	—	7
Krankenlaffenbeiträge, 2 Personen	—	43
Summa	M. 13	20 Pf.

Nun bleiben mir noch 30 Pf. Dafür soll ich für Kleidung sorgen! Wenn ich nun jemand sage, daß ich in 3 Jahren noch kein neues Stück Kleidung ins Haus bringen konnte, so wird das wohl aus Obigem ein jeder Mensch einsehen. Die menschliche Gesellschaft fordert, daß Niemand nackt gehen darf. Ich habe bis jetzt jedes Stück Kleidung aus dem Tadel gekauft, ja vieles bei aller fleißiger Arbeit gebettelt. Und doch hängen alle Läden voll neuer, schöner Sachen und Spremberg ist Tuchstadt, wo alle Tage Laufende von Metern fertig werden.“ — Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

Vereine und Versammlungen.

Eine öffentliche Volksversammlung tagte am Sonntag, den 27. September, im Lokale des Herrn Bakker in Friedrichsfelde. Herr Dr. Vögenau aus Berlin referierte über den im Reichstage eingebrachten Arbeiterschutz-Gesetzentwurf, durch dessen Annahme die gedrückte Lage des gesammten Arbeiterstandes eine wesentliche Verbesserung erfahren würde. Durch Erlass eines derartigen Gesetzes — meinte Redner — würde sich der Reichstag die Sympathie aller Arbeiter erwerben und eine Regelung der heutigen Produktion angebahnt werden. Die Forderung der Arbeiter, einen Maximal-Arbeitstag gesetzlich einzuführen, sei eine durchaus gerechte, und der Staat habe die Pflicht, den wirtschaftlich Schwachen gegen den wirtschaftlich Starken in Schutz zu nehmen. Damit würde erreicht, daß der Arbeiter auch als Kulturmenschen sein Leben genießen könnte. Das Kapital — meinte Redner — ist müßig und todt, es beschäftigt nicht die Arbeiter, sondern die Arbeiter beschäftigen das Kapital. Mit der Einführung des Arbeiterschutzgesetzes würden auch die zweihunderttausend Tagelöhner nach und nach von der Lohnstrafe verschwinden. Ferner kritisierte Redner die Frauen- und Kinderarbeit, durch welche dem Manne eine so ungeheure Konkurrenz gemacht würde. Die Frau gehöre nicht in die Fabrik, sondern in die Familie; dadurch, daß die Frau in der Fabrik arbeitet, leide die geistige und sittliche Erziehung der Kinder. Die Kinderarbeit müsse gänzlich verboten werden. Herr Baumbach habe zwar im Reichstage gesagt, daß gewisse Industrien nicht ohne Kinderarbeit bestehen könnten, und die Kinder ein Vergnügen daran fänden, in den Fabriken arbeiten zu können, auf keinen Fall aber sei diese Behauptung zutreffend. Auch die Sonntagsarbeit müsse gänzlich verboten werden, damit der Arbeiter sich erholen und wenigstens einen Tag in der Woche ruhen könne. Die heftigsten Gegner der Sonntagsruhe seien die Manufakturleute, welche behaupten, die Sonntagsarbeit sei unentbehrlich. Die Arbeiter meinen aber, daß der Sonntag auch für sie ein Tag der Ruhe sein müsse, welcher sie mehr als jeder Andere dringend bedürfen. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrage wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Herrn Referenten in Betreff des Arbeiterschutzgesetzes und der Sonntagsruhe voll und ganz einverstanden und verspricht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für dieses Gesetz einzutreten. Zum Schluß wurde das „Berliner Volksblatt“ als ein Blatt, welches die Interessen der Arbeiter vertritt, empfohlen, und zum zahlreichen Abonnement aufgefordert.

h. Eine öffentliche Tapezierer-Versammlung tagte am Montag Abend Niedervallstr. 11 unter Vorsitz des Herrn Wildberger. Auf der Tagesordnung stand: 1. Feststellung der Zustände resp. der Erfolge in denjenigen Werkstätten, die eine Einführung des Minimal-Stück- und Zeitlohn-Tarifs sowie der 9stündigen Arbeitszeit von ihrem Prinzipal verlangt haben oder zu fordern entschlossen sind. 2. Ausgabe des gedruckten Tarifs inkl. der Verhaltensmaßregeln. Zunächst sprach als Referent Herr Staudinger über den seitherigen Verlauf der Bewegung. Danach haben am 27. und 28. September nur 12 Werkstellen der Lohnkommission mitgeteilt, den Tarif strikte durchzuführen zu wollen. Aus dem ihr vorliegenden Verzeichnis der Namen und Werkstellen der 136 die Durchführung des Tarifs und der neunstündigen Normalarbeitszeit begehrenden Botanten der jüngsten Versammlung könne die Lohnkommission noch nicht ersichen, in welchen dieser Werkstellen die betreffenden Forderungen bereits bewilligt oder verweigert wurden oder schon vorher erfüllt waren, so daß ein Herantreten mit den Forderungen an diese Prinzipale von vornherein gegenstandslos ist. Es empfehle sich daher, dies in der heutigen Versammlung durch Vertreter jener Werkstellen feststellen zu lassen. Dieser Antrag wurde angenommen und zur sofortigen Ausführung gebracht. Das Ergebnis dieser Aufnahme ist noch nicht vollständig gefastet, läßt sich aber schon jetzt dahin charakterisieren, daß in einem beträchtlichen Theile der Werkstellen die meisten Forderungen des Tarifs bereits erfüllt sind. Aus den Aeußerungen fast aller Redner ging hervor, daß bisher zwar in vielen Werkstellen bezüglich des Vorgehens mit den Forderungen eine gewisse Zugabigkeit sich bemerkbar gemacht habe, die aber völlig zu überwinden sei durch das Vertrauen auf die Einigkeit der gesammten Gewerkschaft. Das seitherige Verhalten der Innungsmeister zur Lohnbewegung der Gehilfen wurde wieder scharfem Tadel unterzogen. Man konstatierte, daß die Gehilfen der großen kaufmännisch betriebenen Geschäfte verhältnismäßig

den Gehilfenforderungen in weit höherem Grade entgegengekommen seien, als die Innungsmeister. Besonders rief die Mittheilung des Herrn Wildberger das Mißfallen der Versammlung hervor, daß der Obermeister der Tapeziererinnung in einer privaten Zusammenkunft von Innungsmeistern die Parole ausgegeben habe, die projektirte Versammlung der Tapezierer-Gehilfen zu meiden, da man sich auf die Forderung einer 9stündigen Normalarbeitszeit nicht einlassen könne. Herr Mauer vermahnte die Innung gegen die erfahrenen Angriffe, indem er behauptete, daß man sich an die Innung erst durch den Gesellenauschuss zu wenden habe, wenn man von ihr etwas erreichen wolle, und daß jene Meisterversammlung keinerlei offiziellen Charakter gehabt habe.

be. Die Generalversammlung der Berliner Mäntel-näherinnen, welche am Dienstag in „Sandsouci“ unter Vorsitz der Frau Stagemann stattfand, war von über 1000 Arbeiterinnen besucht, Männer hatten keinen Zutritt. In ihrem einleitenden Referat über „die Nothwendigkeit einer Lohnkommission zur Durchführung der Lohnbewegung der Mäntel-näherinnen“ führte Frau Büge etwa folgendes aus: Die Lage der Mäntel-näherin ist eine höchst traurige! Man spricht zwar von ihr als von einer freien Arbeiterin und hält einen Minimallohn für undurchführbar und ebenso einen Maximalarbeitsstag; aber dieses Reden von einer Freiheit ist nur eine Leierlei. Wo kann wohl von Freiheit die Rede sein, wenn in einer Branche, wie hier, ein so geringer Lohn gezahlt wird, daß ganz von selbst die Freiheitsgefühle aufhören? (Beifall.) Um zu verhindern, daß durch die schrankenlos ausgedehnte Arbeitszeit, wie sie heut besteht, die Mäntel-näherin binnen wenigen Jahren ihre Gesundheit verliert, ist außer einer Lohnerhöhung auch eine Regelung der Arbeitszeit unbedingt notwendig und diese dürfte sich auf 10 Stunden täglich erst. der Pause beschränken. Das Arbeiten nach Feierabend, in der Nacht und am Sonntag muß aufhören; nur in Ausnahmefällen sind Ueberstunden zulässig, für die aber ein Minimallohn von 30 Pf. pro Stunde zu zahlen ist. Um dieses Programm durchzuführen, um den Uebelständen energisch entgegenzutreten, ist es unbedingt notwendig, daß eine Lohnkommission nur aus Mäntel-näherinnen bestehend, heut gewählt werde, welche folgende Zwecke und Ziele zu erstreben haben: 1) Befestigung und Innehaltung eines Maximalarbeitsstages. 2) Befestigung der Nachfeierabend- und Nacharbeit. 3) Aufhebung der Sonntagsarbeit in den Werkstellen. 4) Feststellung und Durchführung eines Minimallohn-Tarifs. 5) Auszahlung des Lohnes an die Arbeiterin an jedem Sonnabend der Woche. 6) Menschenwürdige Behandlung der Arbeiterin durch den Arbeitgeber. Diese nach Maßgabe der Verhältnisse allmählich durchzuführen Ziele sind zu erreichen: a) durch partiellen Streik bei denjenigen Arbeitgebern, welche die Forderungen gütlich nicht bewilligen und durch Verhängung der Sperr über diese Werkstellen; b) durch Unterstützung der streikenden Mäntel-näherinnen; c) durch Errichtung von Arbeitsnachweisstellen seitens der Lohnkommission nur für Mäntel-näherinnen. Möge die Versammlung es ausprechen, ob sie mit dem vorgeschlagenen Wege einverstanden ist. Ich kann Sie nur aufordern, treu und fest zur Sache zu stehen, selbst zu prüfen, sich durch nichts breiten zu lassen, keinen Zweifel und keinen Zwiespalt zu dulden, dann wird der Sieg der untrüge sein! (Stürmischer Beifall.) — In der lebhaftesten Diskussion, an der sich Fel. Dittlie, Fr. Stagemann, Fr. Jager, Fr. Gubela, Frau Kreuz und Frau Guillaume Schack betheiligten, zeigte sich volles Einverständnis über die Nothwendigkeit einer Lohnkommission. Nur Fräulein Dittlie warf die Frage auf, weshalb man von der im „Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen“ gewählten Kommission abstehe. — Ihr erwiderte Frau Stagemann, daß die dort gewählten Damen heut selbstverständlich ebenfalls gewählt werden könnten; daß aber für eine Lohnbewegung der Mäntel-näherinnen eine in einer Vereinsversammlung vorgenommene Wahl nicht maßgebend sein könnte. Kompetent zur Wahl der Lohnkommission sei allein die Generalversammlung der Mäntel-näherinnen. (Lebhafter Beifall.) — Frau Guillaume Schack, mit stürmischem Beifall begrüßt, fügte dem noch hinzu, daß der Verein zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen nur die Anregung zu der Bewegung der Mäntel-näherinnen, die weit über den Rahmen des Vereins hinausgehen müsse, habe geben können, nachdem er sich überzeugt, daß der Augenblick für diese Bewegung gekommen sei. Die Lage der Konfektionsbranche sei, vorzüglich die Herrschaft dieses deutschen Industriezweiges auf dem Weltmarkt unbestritten. Die Industrie könne sehr gut einen Minimallohn von 15 Mark wöchentlich für jede Arbeiterin ertragen. Freiwillig aber würde der Näherin das niemals zugestanden werden, sie müsse fordern. Deshalb könne die Arbeiterin auch mit den Arbeitgebern nicht Hand in Hand gehen, weil ihr Interesse ein entgegengelegtes sei. Die Wahl eines Arbeitgebers in die Lohnkommission mit beschließender Stimme sei deshalb unmöglich. Die Lohnkommission werde sich wohl mit den Schneidermeistern und Kaufleuten in Verbindung setzen, aber sie könne dieselben nur als Sachverständige hören. Der Beifall der Innung der Damenmäntel-schneider beweiße übrigens genug, was die Arbeiterin von vielen Herren zu erwarten habe. Die Frau müsse lernen, sich als Staatsbürgerin zu fühlen, dann werde die Bewegung auch klar über ihre Ziele sein. Wähle man Arbeitgeber heute in die Kommission, dann werde man bald sehen, wie man sie los werde. (Stürmischer Beifall.) — Fel. Dittlie erklärt hierauf, daß sie nunmehr Frau Schack beipflichte. — Nun wurde einstimmig beschlossen, eine Lohnkommission aus Mäntel-näherinnen zu wählen. Gewählt wurden: Fr. Büge, Fr. Verste, Fr. Kreuz, Fr. Jager, Fr. Frankmann, Fr. Dittlie, Fr. Naase und Fr. Stagemann. Diese Kommission wird beauftragt, alle weiteren Schritte zu thun. Nachdem noch der Ertrag einer Teller-Versammlung einer nothleidenden kranken Witwe zugewiesen, auf die Nothwendigkeit des Beitritts aufmerksam gemacht und mitgeteilt worden war, daß die nächste Versammlung mit der einstimmigen Annahme folgender Resolution: „Die heute tagende Generalversammlung der Mäntel-näherinnen Berlins erklärt in Uebereinstimmung mit den Ausführungen der Referentin angefaßt der Nothlage der Mäntel-näherinnen eine energische Lohnbewegung für durchaus nothwendig; sie wählt zu diesem Zweck eine Lohnkommission und überträgt derselben die Wahrung der materiellen gewerkschaftlichen Interessen; sie verpflichtet sich, dafür zu sorgen, daß eine jede Mäntel-näherin Berlins wöchentlich 10 Pf. zu einem Unterstützungsfonds zählt, der dazu dienen soll, mit dem erforderlichen Nachdruck das Programm der Arbeiterinnen zur Durchführung zu bringen; und sie verpflichtet, fest und treu zu der einmal erhobenen Fahne zu stehen und erst dann die Lohnbewegung als beendet zu erklären, wenn alle Forderungen der Mäntel-näherinnen erfolgreich durchgeführt sind.“

Eine Versammlung der Schmiede tagte am Montag, den 28. September in Grätwells Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79, mit der Tagesordnung: „Der Arbeitnachweis“. Der Vorsitzende Herr Baumert berichtete über die jetzigen Verhältnisse im Arbeitnachweis des Schmiedgewerks, und beantragte am Schluß seiner Ausführungen, eine Kommission zu wählen und dieser die Regelung des Arbeitnachweises zu übertragen. Diese Kommission solle die Sache in die Hand nehmen und demnächst einer einberufenden Versammlung von Meistern und Gehilfen Bericht erstatten. Die Herren Kellenberg, Grobmann und Hahn sprachen sich in demselben Sinne aus. Die Versammlung beschloß dem Antrage des Herrn Baumert gemäß und wählte zu Kommissionsmitgliedern die Herren Baumert, Lochmann und Hase 1. Darauf wurde eine Anfrage verlesen, ob sich die Kommission damit einverstanden erklären könne, daß in einer Werkstatt, wo 6 Gesellen beschäftigt werden, die Hälfte dieser Gesellen Sonntags einige Stunden (von 6 bis 9 Uhr Vormittags) arbeiten dürfen? Der Vorsitzende

Nach der Versammlung über diese Frage entscheiden, welche sich einstimmig gegen die Zulässigkeit der Sonntagsarbeit erklärte.

In der Mitglieder-Versammlung des Vereins der Arbeiterinnen, welche am Dienstag im „Salon zum Deutschen Kaiser“, etwa 300 Teilnehmerinnen zählend, stattfand, hielt Herr Burschke einen Vortrag über das Thema: „Was ist Bildung?“ Nachdem der Vortragende die Wahl des Themas mit dem Hinweis darauf, daß die soziale Bewegung, in welcher der Verein der Arbeiterinnen ein Glied sei, Befreiung vom Druck nicht allein in materieller, sondern auch in geistiger Beziehung zum Zweck habe, gerechtfertigt hatte, führte er aus, daß im Gegenzug zu der äußerlichen Scheinbildung, die man im Auge hat, wenn man die „gebildeten“ Volksschichten, den „ungebildeten“ gegenüberstellt, die wahre Bildung diejenige Beschaffenheit des geistigen Lebens ist, welche durch die gleichmäßige, harmonische Entwicklung und Ausbildung des Denkens, des Willens und des Fühlens Menschen zu Stande kommt. Weiter wies er darauf hin, daß diese wahre Bildung weder in unseren Schulen noch in unseren Kirchen genügend gefördert werde. Zur Diskussion nahm Frau Cantius das Wort, um dem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß Viele noch nicht auf der Stufe stehen, für das, was der Redner ausgesprochen, das volle Verständnis zu haben, und dann mit bereiten Worten die den Menschen zum Mitgefühl mit den in Noth und Elend sich befindenden Mitmenschen bringende Nächstenliebe als die wahre Bildung und als

die wahre Religiosität zu preisen. Ein junger Mediziner, Herr Bajinski, nahm das angegriffene Schul- und Kirchenwesen in Schutz. — Darauf wurden Frau Neumann und Frau Richter zu Revisoren gewählt, und der Beschluß gefaßt, daß öffentliche Versammlungen mit Zulassung von Herren künftig nicht mehr zweimal, sondern nur einmal monatlich stattfinden sollen.

Ein allgemeiner Dachdecker-Kongreß, zu welchem die betreffenden Berufsgenossen aller Orte und Städte eingeladen sind, findet hier vom 4. d. Mts. an statt. Das an einem blauen Bande erkennbare Lokalkomitee nimmt die Teilnehmer auf allen hiesigen Bahnhöfen in Empfang. Auf den Kongreß bezügliche Zuschriften sind an Herrn C. Kay, Oranienstr. 166, zu richten.

Vereinigung der deutschen Schmiede. Sonnabend, den 3. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Oratwell, Kommandantenstraße 77-79. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Pögenau über Mensch und Klima. Verschiedenes und Fragelasten. Gäste sind willkommen.

Krankenkasse der Goldschmiede und Berufsgenossen (C. S. Nr. 72). Freitag, den 2. Oktober, Abends 8 Uhr: Außerordentliche Generalversammlung in Rief's Salon, Kommandantenstr. 71/72.

Metallarbeiter-Krankenkasse (C. S. 29). Versammlung der Filial-Vorstände heute Abend 9 Uhr Königgraben 19.

Briefkasten der Redaktion.

Von jetzt ab ist das „Berliner Volksblatt“ in allen Trinkhallen für 5 Pf. käuflich.

W. W. 19. Für den Fall, daß Ihnen an der Beschleunigung der Sache liegt, empfehlen wir Ihnen, im Termin zu erscheinen. Bewegungen können Sie dazu nicht werden.

A. D. Brunnenstr. Ihre Frage läßt sich in dem knappen Rahmen des Briefkastens nicht beantworten. Wir bitten um Ihren Besuch.

Zwei Wetzende. Es ist richtig zu sagen, „ich gebe zu r Dank“. „Nach“ gebraucht man in diesem Sinne nur bei Vätern und Ortsnamen.

Z. Z. 16. Mit Seesalz und Wasser können Sie kein Nordseewasser herstellen, dies enthält noch viele andere chemische Bestandtheile, welche im Seesalz nicht enthalten sind. In einem Seesalzbad nimmt man etwa 5 Pfund Seesalz. Das Quantum von 1/2 Pfund auf einen Eimer Wasser wird für Ihren Zweck passend sein. In Bezug auf die anderen Fragen müssen Sie sich schon an einen Arzt wenden.

Hat. Ihre anonyme Einsendung bedauern wir, nicht abdrucken zu können. Wir veröffentlichen keine Leih-Einsendungen, dessen Verfasser unbekannt ist, da nicht die Redaktion, sondern der betr. Verfasser für seine Einsendungen einzustehen hat.

Der runde Tisch bei F. Gai. Der Antrag auf Diäten ist bereits mehrere Male eingebracht und angenommen, aber jedes Mal vom Bundesrath verworfen worden.

Theater.

Opernhaus.

Heute: Lohengrin.

Schauspielhaus.

Heute: Der Störenfried.

Deutsches Theater.

Heute: Des Meeres und der Liebe Wellen.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.

Heute: Die Fledermaus.

Residenz-Theater.

Heute: Theodora.

Wallner-Theater.

Heute: Sie weiß etwas. Hierauf: Papageno.

Belle-Alliance-Theater.

Heute: Die Leibrente.

Walhalla-Operetten-Theater.

Heute: Don Cesar.

Viktoria-Theater.

Heute: Messalina.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 32. Direktion: Adolph Ernst.
Heute: Zum 62. Male: Die wilde Rage. Gesangsposse in 4 Akten von W. Mannstädt, Musik von G. Steffens.

Louisenstädtisches Theater.

Direktion: Jof. Firmans.
Heute: Der Freischütz.

Ostend-Theater.

Heute: Berliner in Kamerun.

Königsstädtisches Theater.

Heute: Gastspiel der Alkutaner. Die kleine Baronin.

Theater der Reichshallen.

Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten.

American-Theater.

Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten.

Kaufmann's Varieté.

Täglich: Große Spezialitäten-Vorstellung.

Konfordia.

Täglich: Auftreten sämtlicher Spezialitäten und theatralische Vorstellung.

Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 15.

Heute und folgende Tage:

Berl. Sonntagschwärmer.

Posse mit Gesang in 3 Akten und 6 Bildern.
Vor der Vorstellung: Großes Konzert der Hauskapelle.
Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Bons haben Wochentags Gültigkeit.

Bei meinem Scheiden von Berlin sage allen Freunden und Bekannten ein herzliches Lebewohl.
[2320] Fr. Grefsha nebst Familie.

Bairisch-Bier-Lokal

in freundliche Erinnerung. [2318]

Max Kreuz,

40 Admiralstraße 40 (frühere Alte Linde).

Allen Freunden und Bekannten empfehle mein Schuhwaaren-Geschäft

von selbst gefertigten Herren- und Kinder-Stiefeln zu den billigsten Preisen. Bestellungen nach Maß, besonders für Fußleidende, sowie Reparaturen jeder Art werden sauber und gediegen zu soliden Preisen ausgeführt.
[2316] A. Wohad, Müllerstraße 12a.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich vom heutigen Tage ab die

Cigarren-Fabrik

von Frau Wittwe Werner, Stromstraße 45, übernommen habe und bitte bei event. Gebrauch um gütigen Zuspruch.
[2317] Achtungsvoll Robert Kern, Stromstraße 45.

Großer Mittagstisch

für 600 Personen.

à Portion 25 Pfennig.

Gute Hausmannskost. [1982]

Wallstrasse 16, Hof part. links.

Hermann Krämer,

Tapetirer und Dekorateur,
S.W., Linden-Strasse No. 107,
empfehlend sich zur Anfertigung aller in dieses Fach einschlagenden Arbeiten. Matrassen 5 Mk., Sophas 6 Mk. [2280]

Einen Lehrling für Bildhauerrei verlangt sofort Bohm, Adalbertstraße 30. [2321]

Schön- und Schnellschreib-Unterricht!

Drei verschiedene Schriften für nur 6 Mark lehrt der Unterzeichnete in den neu eröffneten Schreib-Kursen in der Dresdenstraße 10. Der Unterricht findet jeden Dienstag und Freitag Abends von 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr statt. Auch ist derselbe gerne bereit, in den andern Stadttheilen Unterrichts-Kurse einzurichten und bittet daher um recht rege Theilnehmung.
[2286] Gustav Mithke, Kalligraph und Schreiblehrer, Steglitzerstraße 65.

Möbel-, Sopha- und Matrasen-Fabrik

A. Schulz, 34 Wasserthorstraße 34 (auch Theilzahlung). [2124]

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin von A. Franke,

16 Wasserthorstrasse 16, empfiehlt nur reelle, gediegene Arbeit. Eigene Werkstatt. Solide Preise. Auch Theilzahlung. [2178]

Das Hamburg-Fremden-Blatt

(57. Jahrgang)

erscheint allabendlich mit dem Neuesten des Tages auf allen Gebieten und gelangt noch mit den Abendposten zur Versendung.

Inhalt:

Entschieden liberale Politik, orientirende politische Uebersicht, parlamentarische Original-Korrespondenzen aus hervorragender Feder, Reichstags- und Landtags-Berichte, Spezial-Telegramme über die Parlaments-Sitzungen des Tages, sämtliche Depeschen des Bureau Reuters. Vorzügliche Leitartikel.

Sehr reichhaltiges Feuilleton: Original-Abhandlungen bedeutender Autoren über Ausstellungen, Musikfeste etc., Korrespondenzen aus London und Paris, Modebriefe, naturwissenschaftliche Feuilletons, Roman, Konzert- und Theater-Referate, allerlei von den Gebieten der Künste und Wissenschaften.

Landwirthschaftliche Original-Artikel und Antworten durch einen Fachmann, Volkswirtschaftliches, Industrielles, Post- und Eisenbahn-Tarife.

Handels- u. Börsen-Nachrichten aus Hamburg vom selben Tage in umfangreichem Maße, tägliche Cours-Berichte, Wochenbericht des Hamburger Waarenmarktes, Fonds- und Waaren-Telegramme von allen Handels-Plätzen.

Local-Nachrichten und Neuigkeiten aus Schleswig-Holstein, Mecklenburg, aus dem Hannoverischen u. s. w., Schiffsberichte, Schiffslisten der täglich nach Hamburg passirenden und im Hamburger Hafen aus- und eingegangenen Schiffe, Witterungs-Beobachtungen der deutschen Seewarte, Sport-Neuigkeiten, sofortige telegraphische Meldung der Rennresultate von allen Rennplätzen, Familien-Nachrichten, Fallissements aus allen Ländern u. s. w.

Das allwöchentlich erscheinende Ziehungslistenblatt „Fortuna“ erhalten die Abonnenten des „Fremden-Blatt“ gratis.

Allen auswärtig lebenden Hamburgern, ferner den mit Hamburg in Geschäftsverbindung stehenden Deutschen und Ausländern, sowie allen Inhabern von Hotels und Restaurations-Etablissements, Cafés u. s. w. sei das in Hamburg beliebte und stark verbreitete „Hamburger Fremden-Blatt“ zum Abonnement bestens empfohlen.

Abonnements-Preis inkl. Postaufschlag
pr. Quartal M. 5.—
Anzeigen, pr. Zeile 35 Pf., finden die weiteste und wirksamste Verbreitung. [2322]
Probe-Exemplare auf Verlangen franko.

Einladung zum Abonnement „für die Schreibstube.“

Zeitschrift für Bureau-Beamte.

Zur Belehrung, zur Hebung der Bildung und des kollegialischen Lebens der Bureau-Beamten, sowie zur Förderung der wirtschaftlichen Interessen derselben.

Interessant auch für Kaufleute, Gewerbetreibende und Jedermann, der mit Gerichten und anderen Behörden zu thun hat.

Zum Preise von 1 Mark vierteljährlich durch jede Postanstalt zu beziehen, nur von uns in Partien von 3 Exemplaren für 2,40 Mark vierteljährlich. Größere Partien noch billiger.

Probenummer gratis und franko.
Bureau-Beamten-Unterstützungs-Verein.
Berlin O., Neue Friedrichstraße 39. [2320]

en gros, Cigarren- u. Tabak-Handlung en détail.

Fritz Goercki

Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere „Linde.“)

Import echter Havanna, Lager aller Sorten Rauch- und Schnupftabake. Reich assortirtes Lager echt türkischer, russischer und amerikanischer Cigaretten und Tabake. Gut Nordhäuser Rautabak.

Regen-Mäntel

in größter Auswahl zu recht billigen Preisen bei
Sielmann & Rosenberg,
Kommandantenstraße,
Ecke Lindenstraße. [2303]

Einzelne Sopha-Bezüge

in Rip, Damast und bunten Stoffen, von 3 1/2 bis 4 1/2 Meter lang. [2169]

für die Hälfte.

500 Stück echt englische
Tüll-Gardinen
mit Band eingefasst, 2 Ellen breit,
Elle 45 Pf.
Emil Lefèvre, Berlin S.,
Oranienstr. 158.

Telephon-Anschluß 4481.
Wir haben einige
100 Fenster unsauber gewordener
Tüll-Gardinen
mit 1/2 breiter Borde, verkaufen diese durchweg
à Fenster 1 Thlr.
1 Posten Salon-Teppiche
mit unmerklich H. Farbenfehlern, 6 Ell. lang, 5 Ell. br.,
durchweg Stück 7 Thlr. Teppiche für Schlafzimmer, 4
Ellen lang, 2 1/2 Thlr. Stuben- u. Treppen-Läufer, auch
im Einzelnen Elle 2 u. 3 Sgr. Portieren und Möbel-
stoffe zu halben Preisen. [2246]
Margoninsky & Jacoby,
Jerusalemstraße Ecke Zimmerstraße 5.

Die Nr. 21 der humoristischen Blätter
„Der wahre Jacob“
ist erschienen und in der Expd. des „Berl. Volksbl.“ zu haben.

Schwedische Eisbahn!

E. O. Müller's Hyppodrom!
Täglich Vorstellungen!
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein
E. O. Müller. [2269]